

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 33. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2008-2012)

Sitzungsdatum: 16. November 2011
 Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
 Sitzungsdauer: 18.00 – 21.00 Uhr

Präsenz
 Einwohnerrat: Vorsitz Cedric Roos, Präsident Einwohnerrat
 Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident
 Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin
 Christoph Morat
 Franziska Pausa
 Robert Vogt
 Arnold Julier
 Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Sandra Steiner, Gemeindeverwalterin
 Nic Proschek, Rechtsdienst

Gäste:

Entschuldigt: Philippe Adam, Peter Brack, Julia Gosteli (ab 20.00 Uhr),
 Hans-Peter Tschui, Jürg Vogt, Peter von Arx

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 33 Anwesende = 22
 18.30 Uhr 34 Anwesende = 23
 20.00 Uhr 33 Anwesende = 22

Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates vom 19.10.2011 betreffend
**Teilrevision Personal- und Besoldungsreglement
 und Personal- und Besoldungsverordnung betreffend
 Einführung 5. Ferienwoche**, 1. Lesung (Mit Absicht auf eine Lesung)
 Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber Geschäft 4022
2. Bericht des Gemeinderates vom 19.10.2011 betreffend
Leistungsvereinbarung Erholungswald mit der Bürgergemeinde Allschwil
 Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4026
3. Bericht des Gemeinderates vom 26.10.2011 zum Postulat von
 Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, vom 15.06.2011, betreffend
Mehr Sicherheit in unserer Gemeinde
 Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff Geschäft 3948 / A

4. Bericht des Gemeinderates vom 26.10.2011 zur Motion von Jérôme Mollat, GLP, Andreas Bammatter, SP, Julia Gosteli, Grüne, Thomas Müller, SP, Jürg Vogt, FDP, Christoph Benz, EVP, vom 07.04.2011, betreffend
„Unser neues Schulhaus“ – alternative Finanzierungsmöglichkeiten
Geschäftsvertretung: VP Nicole Nüssli Geschäft 4001 / A

5. Motion von Josua M. Studer, SD, vom 24.05.2011, betreffend
Einbezug von Sozialbezügern
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 4006

6. Motion von Josua M. Studer, SD, vom 20.06.2011, betreffend
Wegweiser zu den Partnerstädten
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber Geschäft 4012

7. Verfahrenspostulat von Josua M. Studer, SD, vom 20.06.2011, betreffend
Nennung der Interessenbindungen von Einwohnerratsmitgliedern
Antrag des Büros: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: Büro ER Geschäft 4011

8. Postulat von Matthias Lochmann, FDP/GLP-Fraktion, vom 22.06.2011, betreffend
Solarkataster für die Gemeinde Allschwil
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4015

9. Postulat von Matthias Lochmann, FDP/GLP-Fraktion, vom 27.06.2011, betreffend
Photovoltaikanlagen auf allen Gemeindebauten in Allschwil
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4016

10. Verfahrenspostulat von Josua M. Studer, SD, vom 18.07.2011, betreffend
Bildung einer Spezialkommission Verkehr
Antrag des Büros: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: Büro ER Geschäft 4018

Nach der Pause:
- INFO-FENSTER des Gemeinderates

Für das Protokoll:

Marianne Eggenberger / Nic Proschek, Rechtsdienst

Einwohnerratsprotokoll Nr. 33 vom 16. November 2011

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Cedric Roos

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Cedric Roos, Präsident: Ich begrüsse Sie zur Einwohnerratssitzung vom 16. November 2011. Ich bitte um Ruhe. Speziell begrüsse ich die Medienschaffenden, Vertreter aus dem Landrat und Vertreter aus dem Volk.

[Entschuldigungen/Präsenz siehe Protokolleingang]

Ich habe eine Mitteilung, und zwar gab es in letzter Zeit öfters Unklarheiten in Zusammenhang mit der korrekten Benennung von Vorstössen. Das Büro hat sich diesen Unklarheiten angenommen und der Reglementscommission den Auftrag erteilt, dies anzuschauen und Handlungsbedarf zu ermitteln.

Wir kommen zu den neuen Vorstössen. Es liegen fünf neue Vorstösse vor. Das Geschäft 4027, Sie haben das schon einmal erhalten, das Postulat Gemeindeentwicklungskonzept Allschwil von der SP/EVP-Fraktion. Der Titel wurde geändert und unter neuem Namen eingereicht, hat aber immer noch die alte Geschäftsnummer.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Ich habe im Vorfeld, als ich das Postulat eingereicht habe, mit den Fraktionen Kontakt aufgenommen und wurde von den Schweizer Demokraten darauf hingewiesen, dass es sich bei Allschwil nicht um eine Stadt, sondern um ein Dorf handelt. Ich habe das nun umgewandelt in ein Gemeindeentwicklungskonzept, es könnte auch 20-Seelengemeinschaft heissen. Es geht einfach darum, dass wir eine Gesamtschau haben.

Cedric Roos, Präsident: Weiter liegen zwei Interpellationen von der SD vor, Josua M. Studer, mit dem Titel „Hat das Gremium Einwohnerrat noch seine Berechtigung“, schriftliche Erläuterung des Gemeinderates zu den Vorstössen.

Es gibt eine kleine Anfrage betreffend Lohndumping bei Actelion von der SP/EVP-Fraktion. Dann noch ein Postulat betreffend alternative Energien und Energiesparmassnahmen bei Renovation und Neubau der Gemeindeliegenschaften, ebenfalls von der SP/EVP-Fraktion. Möchte der Postulant das Wort? Er verzichtet.

Wir kommen zur Bereinigung der Traktandenliste. Ich stelle fest, dass die Traktandenliste rechtzeitig zugestellt wurde. Es liegt ein Antrag der FDP/GLP-Fraktion auf Streichung des Traktandums 9, Geschäft 4016, vor. Die Erklärung dazu wurde an alle Fraktionen verschickt.

Matthias Lochmann, FDP/GLP-Fraktion: Wir wollten die Sonfas gründen, wie Sie alle wissen. Leider hat das nicht geklappt, Bürokratie sei Dank. Wir werden bald Bescheid bekommen, das wird schon noch klappen. Es macht keinen Sinn, dieses Postulat zu behandeln, wenn die Sonfas noch nicht gegründet wurde, deshalb bitte ich Sie, dem zuzustimmen.

Cedric Roos, Präsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Zur Änderung der Traktandenliste braucht es ein einfaches Mehr.

://:

Diese Änderung wird einstimmig angenommen.

Gibt es weitere Änderungsanträge? Das ist nicht der Fall. Somit ist die Traktandenliste in der vorliegenden Form mit der genannten Änderung genehmigt. Ich wurde von Herrn Studer gebeten, ihm eine Minute Zeit zu geben für eine Erklärung.

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Es kommt immer wieder vor, dass ich durch Mitglieder des Einwohnerbüros oder vom Rat bezichtigt werde, zu lange, zu laut oder zu aggressiv zu reden, oder mich selber darstellend zu verhalten. In der Zeitung wurde ich von der SVP sogar als Lügner hingestellt, obwohl sie wissen, dass ich recht hatte. Wir erleben an den Einwohnerratssitzungen immer wieder, dass Ratsmitglieder das Wort ergreifen und die Höflichkeitsform auf der Strecke bleibt. So sind das je eine

Person der SP, der Grünen und der SVP, die kaum bis nie die Anredeform „Herr Präsident, etc.“ verwenden. In der letzten Einwohnerratssitzung hat sich sogar ein Ratsmitglied der SVP hinreissen lassen, ein hinteres Körperteil zu nennen und damit einen Redner einzudecken, ohne dass er dafür gerügt wurde. Ich erlaube mir darum die Anfrage, ob in diesem Parlament mit unterschiedlichen Ellen gemessen wird. Ich habe mich so noch nie geäußert. Ist eine Entschuldigung zu erwarten oder sogar eine Massregelung von Seiten ER-Büro?

Cedric Roos, Präsident: Das Verhalten ist dem Einwohnerratspräsident nicht bekannt und kann darum nicht gerügt und auf die Richtigkeit überprüft werden. Es wird aber mit gleichen Ellen gemessen, das gilt für alle. Wir kommen nach dieser Protestnote zu Traktandum 1.

612 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Bericht des Gemeinderates vom 19.10.2011 betreffend
Teilrevision Personal- und Besoldungsreglement
und Personal- und Besoldungsverordnung betreffend
Einführung 5. Ferienwoche, 1. Lesung (Mit Absicht auf eine Lesung)
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber, Geschäft 4022

Cedric Roos, Präsident: Mir liegt ein Antrag auf die Durchführung in einer Lesung vor. Dafür brauchen wir eine 2/3-Mehrheit. Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, somit stimmen wir ab.

://:

Die Durchführung in einer Lesung wird einstimmig genehmigt.

Wir werden das Geschäft also in einer Lesung durchführen. Ist das Eintreten grundsätzlich bestritten? Das ist nicht der Fall, somit kommen wir zur Beratung als Ganzes.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Vor ein paar Jahren hat der Kanton Basel-Landschaft eine Mitarbeiterumfrage durchgeführt. Die Gemeinde Allschwil ist dem nachgegangen und hat selber eine Mitarbeiterbefragung durchgeführt. Das Resultat war auf kantonaler und kommunaler Ebene in etwa das Gleiche. Von den Mitarbeitenden wurde ein hohes Komittment mit dem Betrieb erklärt und es wurde auch eine hohe Leistungsbereitschaft deklariert. Gleichzeitig hat man festgestellt, dass es immer schwieriger wird, Freizeit und Beruf und damit auch die Erholungsphase unter einen Hut zu bringen. Das hat zu mehrfachen Diskussionen geführt und letztendlich zu einem Vorstoss von den Verbänden auf kantonaler Ebene, dass wir mehr Ferien dem Personal gewähren sollte. Es gab die Diskussion über sechs Wochen Ferien, so weit kam es dann nicht. Wir haben im Kanton Basel-Landschaft für die 20- bis 50-jährigen fünf Wochen Ferien, Lehrlinge haben bereits fünf, andere haben nur vier. Diese Diskussion möchten wir heute abend führen. Die Gemeinde Allschwil ist der Meinung, dass wir ein attraktiver Arbeitgeber sein möchten und wir möchten die Leistungen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter honorieren und hoch halten. Gleichzeitig möchten wir im Verhältnis zum Kanton konkurrenzfähig bleiben mit dem Kanton, da wir ähnlich arbeiten und denken wie im Kanton. Und wir sind auf gutes qualifiziertes Personal angewiesen. Diese Gedanken haben, nebst der Mitarbeiterbefragung, dazu geführt, dass wir Interesse haben, uns dem kantonalen Level bezüglich Ferien anzuschliessen. Diese Vorlage macht nichts anderes, als die kantonale Ferienregelung auf kommunaler Ebene umzusetzen. Es ist kein Muss, wir sind frei, wie viel Ferien wir in der Gemeinde dem Personal anbieten. Wir müssen nicht dem kantonalen Personalgesetz folgen, wir können hier frei entscheiden. Der Gemeinderat ist dezidiert der Meinung, dass das Personal, das unter einer grossen Arbeitsbelastung steht, Anspruch auf mehr Ferien hat. Damit schliessen wir nicht nur im Verhältnis zum Kanton wieder auf, sondern auch im Verhältnis zur Privatwirtschaft, wo fünf Wochen Ferien im Mindestangebot vorhanden sind. Die Regelung ist die folgende. Sie wissen alle, der Kanton hat per 2011 die neue Ferienregelung eingeführt, Details stehen in der Vorlage. Er hat gleichzeitig darauf verzichtet im 2011 die Teuerung von 0,7% auszugleichen. Man fragt sich, wie viel dies den Kanton gekostet hat. Das Zauberwort im Kanton war, dass die neu gewonnene Freizeit zu kompensieren ist mit Effizienzsteigerung am Arbeitsplatz. Bis auf ein paar wenige Ausnahmen bei der Polizei und in den Spitälern, die Schicht und Pikett arbeiten, wurde dies so umgesetzt. Das heisst, man muss in der verbleibenden Arbeitszeit mehr und schneller arbeiten. Aufgrund der knappen Kantonsfinanzen hat man

auf den Teuerungsausgleich von 0,7% verzichtet. Für die Gemeinde Allschwil reichte es in dieser kurzen Zeit nicht, dies ähnlich wie im Kanton umzusetzen. Wir haben in der Gemeinde schon sehr früh den Entschluss gefasst, dass wir dies auf kommunaler Ebene auch machen möchten, allerdings erst fürs 2012, also für das kommende Jahr. Im laufenden Jahr hat die Gemeinde Allschwil folgendes gemacht. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen haben grundsätzlich drei Freitage erhalten zur freien Verfügung, gleichzeitig haben wir den Teuerungsausgleich von 0,7% gewährt. Die Gemeinde ist nicht dazu verpflichtet, den Teuerungsausgleich zu bezahlen, wenn der Kanton dies macht, Paragraph 49 des kantonalen Personalgesetzes. Der Kanton beschliesst zusammen mit dem Landrat die Teuerung. Die Gemeinde Allschwil hatte bis jetzt die Regelung, dass wir der Lösung des Landratsbeschlusses Folge geleistet haben, oder wir gingen einen Schritt weiter, indem wir die Teuerung auch dann ausbezahlt haben, wenn es der Kanton nicht gemacht hat. Wir möchten jetzt auf kommunaler Ebene aufs 2010 auf die Ebene aufsteigen auf das Ferienangebot des Kantons. Wir haben ebenfalls die Absicht, im 2012 die Teuerung auszugleichen, sie dürfte in etwa um 0,4% liegen. Ich darf sagen, dass wir 1% Teuerung im Budget eingesetzt haben, sodass die 0,4% im Rahmen des Budgets bezahlt werden können. Der Kanton hat die Ferienregelung gestaffelt eingeführt, das war eine Idee des Kantons. Wir meinen, dass, weil wir bereits ein Jahr gewartet haben, eine Staffelung auf kommunaler Ebene nicht notwendig ist, sodass wir direkt ins Endstadium treten können und nicht eine Staffelung in Kauf nehmen müssen. Das Personal hat es auch nicht verdient, wenn wir auf eine Staffelung zurückgreifen würden. Wenn es noch Fragen gibt, stehe ich gerne zur Verfügung.

Pascale Uccella-Klauser, SVP/Fraktion: Wir von der SVP-Fraktion haben dieses Geschäft diskutiert und wir sind der Meinung, dass es begründet und nachvollziehbar ist, eine fünfte Ferienwoche einzuführen. Es ist kostenneutral und nur wegen den CHF 20'000 sind wir dafür, dass die fünfte Ferienwoche kommt.

Benedikt Gnos, SP/EVP-Fraktion: Im Namen der SP/EVP-Fraktion gönnen wir den Gemeindeangestellten diese zusätzliche Ferienwoche von Herzen und werden diesem Antrag zustimmen. Persönlich, wenn ich das grad anfügen darf, bin ich der Meinung, dass die zusätzliche Ferienwoche angebracht ist. Wenn man die zusätzlichen Kosten anschaut, CHF 20'000, dann sind das pro Einwohner CHF 1 mehr. Ich denke, das ist auch von der Bevölkerung her angemessen. Persönlich habe ich zwei Änderungsanträge, die ich zur Diskussion stellen möchte. Die zusätzliche Ferienwoche kommt vor allem den jüngeren Arbeitnehmern zugute, man hat ab 20 nicht mehr nur 20 sondern 25 Tage zugute. Wenn man sich vorstellt, dass jemand mit 50 Jahren 30 Jahre bei der Gemeinde gearbeitet hat, dann finde ich es sehr bescheiden, wenn man ihnen als Entgelt zwei zusätzliche Ferientage zugesteht. Wenn man sich vorstellt, dass jemand 40 Jahre bei der Gemeinde gearbeitet hat, dann wird er gegenüber der bisherigen Regelung mit einer Null-Lösung zufrieden sein müssen, denn er hat nicht mehr als bisher. Mein Änderungsantrag ist, dass alle ab 20 Jahren 25 Tage Ferien zugute haben, ab 50 Jahren eine zusätzliche Ferienwoche zugestanden werden soll, und ab 60 Jahren nochmals eine zusätzliche Woche. Wenn man davon ausgeht, dass die vorgesehene Regelung CHF 1 mehr pro Einwohner bedeutet, dann kann ich mir vorstellen, dass es pro Einwohner CHF 1,50 aufgewendet werden muss, damit auch älteren Arbeitnehmern diese gerechtfertigte Entlastung von einer Woche mehr Ferien gewährleistet werden kann. Der zweiten Änderungsantrag ist, dass nach der alten und nach der neuen Regelung vorgegeben ist, dass Ferien mindestens zusammenhängend zehn Tage genommen werden sollen. Wenn man davon ausgeht, dass eine Woche mehr zur Verfügung steht, meine ich, dass man das so festhalten sollte. Neu sollten 15 Tage zusammenhängend genommen werden. Es gibt Untersuchungen dazu, man weiss, dass er für den effektiven Erholungswert drei Wochen Ferien braucht. Arbeitnehmer brauchen rund eine Woche, bis sie sich vom Arbeitsprozess lösen können. Die letzte Ferienwoche ist bereits wieder permanent belastet, weil man weiss, dass man in absehbarer Zeit wieder arbeiten muss. Es ist nur in der mittleren Ferienwoche ein reiner Erholungswert. In diesem Sinne könnte man das so einfügen, dass drei Wochen am Stück bezogen werden müssen.

Cedric Roos, Präsident: Darf ich Sie bitten, diese Anträge schriftlich vorzulegen.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Die CVP-Fraktion hat sich mit dieser Teilrevision beschäftigt. Auch wir stimmen der fünften Ferienwoche zu. Es entspricht dem, was der Kanton seinen Staatsangestellten gibt und ein grosser Teil in der Privatwirtschaft. Die Tendenz geht in die Richtung einer fünften Ferienwoche, dem sollte sich die Gemeinde Allschwil nicht verschliessen. Wir haben gewisse Zweifel, dass der Mehraufwand damit kompensiert werden kann, dass effizienter gearbeitet wird.

Rahel Balsiger, FDP/GLP-Fraktion: Im Namen der FDP/GLP-Fraktion sind wir der Meinung, dass wir die gestaffelte Einführung annehmen sollte. Unser Schreiben dazu liegt euch glaub bereits vor.

Jérôme Mollat, FDP/GLP-Fraktion: Wir sind grundsätzlich auch für die fünfte Ferienwoche. Wir anerkennen, dass die Gemeinde wettbewerbsfähig sein muss, und dass die Mitarbeitenden einen Anspruch haben auf mehr Ferien. Wir sind allerdings der Meinung, dass wir dies analog des Kantons gestaffelt einführen sollten, damit man den Übergang besser gestalten kann. Wir stellen darum den Antrag, dass man ab dem 20. Altersjahr im 2012 23 Ferientage hat und anschliessend gemäss dem Antrag des Gemeinderates 25 Tage.

Cedric Roos, Präsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, somit kommen wir zur Detailberatung.

Andreas Bammatter, 2. Vizepräsident:

Geschäft 4022, Teilrevision Personal- und Besoldungsreglement und Personal- und Besoldungsverordnung betreffend Einführung 5. Ferienwoche

1. Ziel der Vorlage

2. Ausgangslage

3. Tabellarische Darstellung der wichtigsten Veränderungen

4. Konsequenzen

5. Ausgestaltung der neuen Bestimmungen

6. Termine

Für die Anträge gebe ich das Wort an den Präsidenten.

Cedric Roos, Präsident: Darf ich Benedikt Gnos nochmals darum bitten, die Anträge schriftlich einzureichen, damit wir geordnet darüber abstimmen können.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Es kamen noch ein paar Anregungen, zu denen ich eine knappe Stellungnahme abgeben möchte. Man kann darüber abstimmen, es ist kein grosses Problem. Der Antrag kam, dass wir bei den 20 – 50-Jährigen auf 30 Tage gehen würden und ab 50-Jährig auf 35 Tage. Ich habe es jetzt so formuliert, wie es Herr Gnos gesagt hat. Wir wissen es dann, wenn der Antrag schriftlich formuliert wurde. Der Gemeinderat ist grundsätzlich der Meinung, dass es gut ist, wenn sich die Regelung mit dem Kanton deckt. Es ist nicht notwendig weiter zu gehen, man hat auch sonst noch Freitage in der Gemeinde, die man für sich beanspruchen kann. Es ist natürlich immer eine Absenz, in der man den Stellvertreter belastet. Gleichzeitig ist das Thema mit der so genannten Effizienzsteigerung nicht so einfach. Wenn die Effizienz jetzt schon sehr hoch ist und jetzt bereits sehr hohe Anforderungen gestellt werden, dann wird man umso mehr bestraft, wenn man zurück kommt. Mehr Abwesenheit am Arbeitsplatz ist nicht immer eine bessere Lösung. Die Frage der zusammenhängenden Ferien von mehr als zwei Wochen. Die Gemeinde Allschwil möchte dem Personal nicht vorschreiben, wann und wie viel sie in die Ferien gehen. 15 Tage ist drei Wochen, das ist enorm viel, das möchten wir niemandem vorschreiben, dass er drei Wochen am Stück in die Ferien gehen muss. Heute kann man wählen, viele gehen lieber im Frühling und dann im Herbst nochmals. Sie können dann im Sommer trotzdem eine Woche frei machen. Ich möchte dem Arbeitnehmer Freiraum lassen, nebst dem, dass es von der Arbeitsleistung für die Gemeinde besser ist, wenn es mehrere und kürzere Absenzen gibt. Die Übergangsbestimmungen kann man so machen. Ich sehe das Argument und die Not dazu nicht. Die Gemeinde Allschwil kann sich die sofortige Umsetzung leisten. Mitarbeiterinnen warten darauf und ohne Not und ohne qualifizierte Argumentation können wir direkt in die Umsetzung einsteigen.

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Wieso haben wir jetzt so pressiert mit dieser Lesung? Die Herren und Damen hatten nicht einmal Zeit, ihre Anträge am richtigen Ort einzubringen? Man macht eine Lesung

Punkt für Punkt, damit man Änderungen bei den einzelnen Punkten einbringen kann. Wir sind jetzt hinten beim letzten Punkt und somit sind die Anträge aus dem Rat gegenstandslos.

Cedric Roos, Präsident: Darf ich es als Antrag auffassen, die Lesung in Einmal wieder rückgängig zu machen? Nein, das ist nicht der Fall. Damit kommen wir zu den Anträgen

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Herr Präsident, Sie haben mich nicht verstanden, die Anträge aus dem Plenum sind hinfällig. Es geht nur noch um die Gemeinderatsanträge, wir haben die Lesung abgeschlossen. Wir müssten sonst ein Rückkommen machen und die Lesung nochmals machen. Ansonsten frag ich mich, für was wir die Punkt für Punkt Lesungen machen. Wir machen dies, damit man sich bei den einzelnen Punkten melden und Anträge stellen kann. In der Eintretensdebatte haben wir gehört, dass Anträge da sind. Diese müssen am richtigen Ort platziert werden. Aber jetzt sind wir bei Punkt 7, Anträge des Gemeinderates, und damit ist das hinfällig.

Cedric Roos, Präsident: Das ist so nicht ganz korrekt. Man kann sich Punkt zu Punkt nochmals zu Wort melden und sprechen. Man kann aber am Schluss sehr wohl noch anderslautende Anträge zum Gemeinderat stellen. Über diese Anträge werden wir jetzt beraten.

Antrag 1 des Gemeinderates:

Das Personal- und Besoldungsregelement der Einwohnergemeinde Allschwil vom 26. Mai 1999 und die Personal- und Besoldungsverordnung der Einwohnergemeinde Allschwil vom 24. November 2010 werden per 1. Januar 2012 wie folgt geändert und in Kraft gesetzt:

Wir werden über jeden Artikel nun einzeln abstimmen.

NEU Personal- und Besoldungsregelement:

§ 51 Ferien

1 Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben pro Kalenderjahr Anspruch auf bezahlte Ferien. Das Nähere regelt die Verordnung.

Es liegen zu diesem Punkt keine Änderungsanträge vor, darum stimmen wir über § 51 ab.

://:

Diesem Änderungsantrag wird grossmehrheitlich zugestimmt mit 1 Gegenstimme.

NEU Personal- und Besoldungsverordnung

Die Personal- und Besoldungsverordnung wird mit folgendem Passus ergänzt:

Art. 32 Ferienanspruch und Bezug der Ferien

1 Der Ferienanspruch beträgt 25 Arbeitstage pro Kalenderjahr. Er erhöht sich im Kalenderjahr, in welchem das 50 Altersjahr vollendet wird, auf 27 Arbeitstage und im Kalenderjahr, in dem das 60 Altersjahr vollendet wird, auf 30 Arbeitstage.

Dazu liegt mir ein Änderungsantrag von Benedikt Gnos vor, der lautet:

Der Ferienanspruch beträgt 25 Arbeitstage pro Kalenderjahr. Er erhöht sich im Kalenderjahr, in welchem das 50 Altersjahr vollendet wird, auf 30 Arbeitstage und im Kalenderjahr, in welchem das 60. Altersjahr vollendet wird, auf 35 Arbeitstage.

Wir wägen zuerst die beiden Anträge gegeneinander ab.

://:

Der Antrag des Gemeinderates obsiegt mit 30 zu 2 zu 2 Stimmen.

Wir stimmen jetzt über den Antrag des Gemeinderates ab.

://:

Dem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Weiter liegt mir ein Antrag auf Übergangsbestimmung zur Personal- und Besoldungsverordnung vor, mit folgendem Wortlaut:

2012 beträgt der Ferienanspruch für Lehrlinge und bis zum vollendeten 20. Altersjahr 25 Tage. Ab dem 21. Altersjahr beträgt der Ferienanspruch 23 Arbeitstage pro Kalenderjahr. Er erhöht sich im Kalenderjahr, in welchem das 50. Altersjahr vollendet wird, auf 26 Arbeitstage und im Kalender, in dem das 60. Altersjahr vollendet wird, auf 30 Arbeitstage.

://:

Die Übergangsbestimmung wird mit 29 zu 2 zu 2 Stimmen abgelehnt.

Es liegt ein weiterer Antrag von Benedikt Gnos vor, der lautet wie folgt:

Mindestens 15 Arbeitstage der jährlich zustehenden Ferien sind zusammenhängend zu beziehen.

://:

Der Antrag von Benedikt Gnos wird mit 32 zu 1 Stimme abgelehnt.

Wir kommen zum Antrag 2 des Gemeinderates:

Die privatrechtlich angestellten Mitarbeitenden (Mitarbeitende auf Monats- und Stundenbasis) werden betreffend der Ferienanpassung gleich behandelt wie die öffentlich-rechtlichen Angestellten. Die Umsetzung erfolgt per 1. Januar 2012.

://:

Dieser Antrag wird grossmehrheitlich angenommen.

://:

Das Geschäft als Ganzes wird einstimmig abgeschlossen.

613 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Bericht des Gemeinderates vom 19.10.2011 betreffend
Leistungsvereinbarung Erholungswald mit der Bürgergemeinde Allschwil
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4026

Robert Vogt, Gemeinderat: Sie haben vor drei Jahren im Einwohnerrat dieser Leistungsvereinbarung zum ersten Mal zugestimmt. Das war ein gutes Beispiel im Baselbiet, dadurch wurde geregelt, dass die Bürgergemeinde eine Leistung erbringt für die Öffentlichkeit. Die Bewährungsphase von drei Jahren ist abgelaufen und wir haben sehr gute Erfahrungen mit der Bürgergemeinde zusammen gemacht. Aus diesen Erfahrungen sind auch ein paar Erfahrungen hervorgegangen, die jetzt angepasst werden sollen. Das erste ist die Beitragspauschale, die erhöht werden soll, und das zweite ist die Teuerungsanpassung, die wir ab dem nächsten Jahr gewähren möchten. Die Bürgergemeinde konnte nachweisen, dass der Aufwand für die Öffentlichkeit höher ist, als wir es in den letzten drei Jahren entschädigt haben. In Verhandlungen ist es uns gelungen, nicht alles an den Mehrkosten an die Gemeinde Allschwil zu übertragen. Bei einer Pauschale gehen wir davon aus, dass der Leistungserbringer, also die Bürgergemeinde Allschwil, ihren Beitrag leistet, um ihr Eigentum im Schuss zu behalten. Die Bürgergemeinde ist auch eine öffentliche Hand. An dieser Stelle möchte ich der Bürgergemeinde Allschwil sehr herzlich danken für die fairen Verhandlungen, die sie mit uns geführt hat. Ich kann Ihnen mit gutem Gewissen die Vorlage präsentieren für die Anpassung der Leistungsvereinbarung der nächsten drei Jahre.

Cedric Roos, Präsident: Wir kommen zur Beratung als Ganzes.

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Die Leistungsvereinbarung war vor drei Jahren eine grosse Diskussion. Die Bürgergemeinde hat unsere Fraktionen besucht, und sie hat uns dargelegt, wieso sie so viel Geld möchte. Sie hat damals nicht so viel Geld erhalten, wie sie wollte. Sie erhält auch jetzt nicht so viel Geld. Ich persönlich verstehe das nicht. Die Bürgergemeinde erbringt eine Leistung für die Einwohnergemeinde. Wenn die Einwohnergemeinde dies selber leisten müsste, dann käme sie das viel teurer. Wir haben vor drei Jahren gesagt, dass sie schauen sollen, wie sie mit dem Geld klarkommen. Ich habe damals auch einen Antrag gestellt, dass man Sozialempfänger oder Leute aus dem Asylheim bezieht für Arbeiten im Wald. Das stiess leider nicht auf gutes Echo. Somit hat die Bürgergemeinde gewisse Arbeiten nicht erbringen können. Jetzt gelangen sie wieder an die Gemeinde und haben nochmals Zahlen dargelegt, wie viel sie brauchen würde. Sie erhalten weniger als 50% von dem, was sie wollten. Gestaut habe ich, als ich die Zahlen näher angeschaut habe, mit welchem Mehrwertsteuersatz hier gerechnet wurde, das kann ich nicht nachvollziehen. Es ist ein Detail. Persönlich stelle ich den Antrag, dass wir der Bürgergemeinde den Betrag, den sie brauchen, zur Verfügung stellen, also die CHF 30'000 verdoppeln auf CHF 60'000. Ich erinnere Sie daran, CHF 55'000 waren euch nicht zu viel Geld, um dies der EBM zu geben, wo man nicht weiss, was man dafür kriegt. Hier wissen wir, was wir kriegen, wir können es ab morgen anschauen gehen. Ich reiche den Antrag ein, dass wir der Bürgergemeinde CHF 60'000 anstatt CHF 30'000 jährlich bezahlen.

Cedric Roos, Präsident: Darf ich den Antrag noch schriftlich haben? Vielen Dank.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion hat das Geschäft besprochen und kam zum Schluss, dass es eine gute und faire Lösung für beide Seiten ist.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Allschwil wirbt. Wir werben mit unserer Wirtschaft, wir werben mit unserer Grösse und den Neubauten für attraktiven Wohnraum. Heute werben wir mit unserem neuen Personal- und Besoldungsreglement. Wir möchten konkurrenzfähig zum Kanton bleiben und attraktiv. Aber attraktiv ist unsere Naherholungszone, das steht auch in der Leitlinie von Allschwil, sei das der Wald, der Kanal durch Allschwil, die Bachgrabenpromenade, seien das die punktuellen kleinen Flächen wie Spielplätze und Treffpunkte. Ich gebe es zu, ich bin weniger im Wald als früher während der Pfadi. Wenn ich in den Wald gehe, dann sehe ich, dass er sehr genutzt wird, von Schulklassen, Jugendorganisationen und Leuten in allen Schuhgrössen in verschiedener Geschwindigkeit, die sich bewegen und erholen. Ich finde es sehr wichtig, dass die Bürgergemeinde den Daumen darauf hält, und dass der Gemeinderat dies erkennt und es in seinen Leitlinien klar formuliert hat. Der Wald, die Erholung, ist zentral wichtig. Man kann es nicht hoch genug einschätzen. Es ist für uns alle wert, dort hinzugehen. Ich bin sehr froh, dass Gemeinderat und Bürgergemeinde diese Vereinbarung treffen konnten. Mir ist es egal, wie sich die Wirtschaft entwickelt, mir ist es egal, wie der Einwohnerstand zu- oder abnimmt, mir ist es egal, wie viele Leute von den Ferien profitieren können. Nicht egal ist es mir, dass jede Generation die Grünzone attraktiv miterleben kann. Das Argument von Josua M. Studer, die Bürgergemeinde noch mehr unterstützen, hat mich gekitzelt. Und wenn dies zur Abstimmung kommt, dann möchte ich gerne vorher mit unseren Leuten darüber reden. Man kann diese Erholungszone nicht hoch genug halten. Der Druck da ist eminent, Robi Vogt kann dazu sicher mehr sagen. Der Wald ist betramptelt und was die Bürgergemeinde macht, ist sensationell. Ein Kompliment an die beiden grössten Gremien in der Gemeinde. Ich möchte nachher ein Timeout, um darüber zu reden.

Markus Gruber, FDP/GLP-Fraktion: Auch die FDP/GLP-Fraktion unterstützt die vorgeschlagene Leistungsvereinbarung. Unsere Fraktion anerkennt den Nutzen vom Wald, sowohl für die Bevölkerung als auch für die Einwohnergemeinde Allschwil. Wir finden, dass die Unterstützung durch die Einwohnergemeinde vollauf gerechtfertigt ist. Weiter anerkennen wir, dass der Kompromiss, der für den Fehlbetrag gefunden wurde, eine gute Lösung ist. Wir möchten uns dem Dank des Gemeinderates an die Bürgergemeinde anschliessen. Wir finden, die machen einen wirklich guten Job.

Nedim Ulusoy, Grüne Fraktion: Auch wir von der Grünen Fraktion schätzen den Allschwiler Wald sehr als Naherholungsgebiet. Wir schätzen auch die Leistungen der Bürgergemeinde zur Pflege des Waldes. Wir haben eine Frage, es geht um die Finanzierung. Diese Leistungen werden ja bisher bereits erbracht und konnten auch bisher finanziert werden. Kann Gemeinderat Vogt kurz erläutern, wie das bisher finanziert wurde? Die Leistungen bleiben die gleichen, so wie ich das verstanden habe im Bericht. Ist das richtig?

Robert Vogt, Gemeinderat: Bereits vor der Leistungsvereinbarung gab es eine Abgeltung der Gemeinde an die Bürgergemeinde Allschwil. Das war ein Fixum von CHF 110'000 pro Jahr geregelt. Darin enthalten waren direkte Leistungen, das heisst, dass die Bürgergemeinde unseren Wald in der Ziegelei pflegt. Zusätzlich hat die Gemeinde einen Beitrag geleistet an die öffentlichen Aufgaben. Erst mit den Untersuchungen der Universität unter der Leitung von Professor Baur gelang es im Jahr 2008 überhaupt eine Zahl zu nennen, was der Erholungswald die Öffentlichkeit kostet. Deswegen hat man sich darauf geeinigt, den Betrag zu erhöhen und eine Leistungsvereinbarung dahinter zu legen. Ich möchte davor warnen, dass wir ein gutes Verhandlungsergebnis zunichte machen und freiwillig mehr bezahlen. Die Leistungen haben wir bestellt, und der Preis ist hinterlegt. Unser Partner, die Bürgergemeinde, ist damit einverstanden. Ich empfehle Ihnen, den Preis so anzunehmen.

Cedric Roos, Präsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, somit ist die Beratung als Ganzes beschlossen. Wir kommen zur abschnittswisen Beratung.

Andreas Bammatter, 2. Vizepräsident:

Geschäft 4026, Leistungsvereinbarung Erholungswald mit der Bürgergemeinde Allschwil

1. Ausgangslage

2. Kostenaufwand für den Erholungswald und die direkten Leistungen

3. Erwägungen

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: An dieser Stelle kommt mein Antrag, den ich schriftlich abgegeben habe.

Cedric Roos, Präsident: Wir kommen zu den Anträgen. Ich lese nochmals den Antrag vor, den Herr Studer gestellt hat:

Die vom Gemeinderat beantragte jährliche Erhöhung des Pauschalbeitrags der Leistungsvereinbarung ist von CHF 30'000 auf CHF 60'000 zu verdoppeln.

Ich adaptiere das in die Formulierung des Gemeinderates. Der Antrag Gemeinderat lautet:

Die Leistungsvereinbarung und die Erhöhung des jährlichen Pauschalbeitrags von CHF 145'000 auf CHF 175'000 zusätzlich Mehrwertsteuer werden gutgeheissen.

Dieser Antrag wird folgendem Antrag Josua M. Studer gegenübergestellt:

Die Leistungsvereinbarung und die Erhöhung des jährlichen Pauschalbeitrags von CHF 145'000 auf CHF 205'000 zusätzlich Mehrwertsteuer werden gutgeheissen.

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Wenn ich es richtig interpretiere, dann schreiten Sie jetzt zur Abstimmung?

Cedric Roos, Präsident: Ja, das ist korrekt.

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Okay. Jean-Jacques Winter hat ein Time-out gewünscht, um es mit seinen Leuten zu besprechen, erst dann können wir abstimmen.

Cedric Roos, Präsident: Wir haben es kurz besprochen, es wurde formell kein Antrag eingereicht. Möchte dieser nachgeholt werden?

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Ich habe es angekündigt. Ich hätte gerne eine kleine Schwatzzrunde, denn ich will wissen, was die anderen darüber denken.

Cedric Roos, Präsident: Gibt es dagegen Protest? Das ist nicht der Fall, dann machen wir bis 19.00 Uhr Pause und werden nachher zu den Anträgen kommen.

KURZE PAUSE (Time-out)

Cedric Roos, Präsident: Wir fahren mit der Sitzung fort. Das Wort hat Gemeinderat Vogt.

Robert Vogt, Gemeinderat: Es war sehr gut, hatten wir ein Time-out. Es gab auch mir die Gelegenheit, etwas nachzuholen, was ich vorhin noch nicht gesagt habe. In den letzten drei Jahren hatte ich noch nicht die Gelegenheit, das Controlling über die Waldbewirtschaftung der Bürgergemeinde zu überprüfen. Wir haben mit der neuen Leistungsvereinbarung abgemacht, dass wir bereits in einem Jahr ein Controlling haben, wo wir sehen, welche Leistungen erbracht werden, Stunden, Material, Maschinen etc. Das gibt dann ein Total von Kosten, welches nachgewiesen ist. Das ein schlagendes Argument für Ihre Diskussion. Bereits ein Jahr später kann ich Ihnen eine Abrechnung zeigen, wo man sieht, ob die Kosten gerechtfertigt sind oder nicht. Die Leistungen, auf die verzichtet wurden, waren nicht lebensnotwendig. Man hat zum Beispiel bei Waldwegen darauf verzichtet, diese freizuschneiden von Gehölz. Das heisst, dass gewisse Wege nicht so gut passierbar waren. Wir haben Manipuliermasse, wo man reduzieren oder steigern kann. Deswegen möchte ich sie bitten, bei dem Verhandlungsergebnis zu bleiben und wenn, dieses lieber erst ein Jahr später anzupassen.

Cedric Roos, Präsident: Ich gebe den Fraktionen nochmals kurz Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wir haben den Zusatzantrag ausgiebig diskutiert. Wir sind uns der Bedeutung des Waldes als Naherholungsgebiet sehr bewusst und würden das, was Jean-Jacques Winter vorhin gesagt hat, voll unterstreichen. Dennoch meinen wir, dass wir hier dem Antrag des Gemeinderates folgen sollten. Die Zahl, die in der Leistungsvereinbarung festgelegt wurde, wurde verhandelt zwischen der Einwohnergemeinde und der Bürgergemeinde, beruht also auf gegenseitigem Konsens. Dazu kommt, dass wir keinerlei Zahlen haben über die Finanzen der Bürgergemeinde, um beurteilen zu können, ob sie mehr brauchen oder ob sie aus Not ja zur Leistungsvereinbarung gesagt haben. Dazu liegen keine Anhaltspunkte vor. Letztendlich würde niemand auf die Idee kommen, gegen seine Steuerveranlagung Einsprache zu erheben mit dem Rechtsbegehren, dass er gerne mehr bezahlen möchte. Ohne Not sollten wir hier nicht von der Leistungsvereinbarung, die zwischen dem Gemeinderat und der Bürgergemeinde ausgehandelt wurde, abweichen. Wir unterstützen den Antrag des Gemeinderates.

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Es ist interessant, wenn es einfach heisst: Die Bürgergemeinde hat mit uns verhandelt und sie waren einverstanden. Jeder, der Verhandlungen geführt hat, weiss, dass es Win-win-Situationen gibt, die man anstreben muss, wenn man nicht von Anfang an die gleiche Ausgangslage hat. Eine Win-win-Situation ist meistens so, dass man sich in der Mitte trifft. Würde die Bürgergemeinde hart bleiben und hätte sie den ganzen Betrag gefordert, von dem sie sagen, dass sie ihn brauchen, darf man davon ausgehen, dass die Bürgergemeinde mehr gefordert hat, als sie wirklich braucht. Das ist schon fast eine Unterstellung. Wenn man in eine Verhandlung geht und sagt, dass man für die Arbeit, die es zu erledigen gilt, so und so viel Geld braucht, dann ist das der Bedarf. Nachher kann man schauen, ob man zu dieser Deckung kommt. Wenn man jetzt einfach sagt, sie können auf das verzichten, dann sind sie ja mit falschen Zahlen in die Diskussion gegangen. Vor drei Jahren hatten wir diese Problematik auch, sodass wir gefragt haben, ob sie es machen können, ohne dass wir ihnen den ganzen Betrag geben. Damals haben wir gesagt, dass die Bürgergemeinde dies aufzeigen soll. Die Gemeinde hat gesagt, dass sie dies einfordern werden. Anscheinend haben sie es nicht eingefordert und finden es jetzt eine tolle Idee, dass man in einem Jahr mit einem Controlling dies anschauen kann. Der Gemeinderat hatte drei Jahre Zeit dies zu machen, damit er heute wüsste, ob es nötig ist oder nicht. Wenn die Bürgergemeinde nach drei Jahren findet, dass sie immer noch so viel Geld braucht, dann braucht sie das wirklich. Wir haben die Verantwortung ihnen das Geld zu geben, ansonsten machen wir Dumping. Wir zwingen die Bürgergemeinde billigere Arbeit zu leisten, als wir es wünschen. Das geht nicht, deshalb habe ich diesen Antrag eingebracht und ich bitte Sie, dem zuzustimmen.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Ich rede als Bürger von Allschwil, ich war an der Bürgergemeindeversammlung. Josua M. Studer konnte für einmal nicht kommen, er hat sich auch entschuldigen lassen. Wir haben dort das Gesamtbudget besprochen. Der Bürgergemeinde geht es gut, das stand im Allschwiler Wochenblatt. Die Bürgergemeinde steht auf gutem Fuss. Wenn sie eine Eigenleistung erbringen möchten und CHF 30'000 selber bezahlen, dann bin ich als Bürger dafür, dass wir dies machen. Den Rest bezahlen wir über die Einwohnergemeinde. Ich bitte Sie, diese Verhandlungen zu unterstützen und hier keine Diskussionen zu führen, die nicht nötig sind und viel Zeit brauchen.

Nedim Ulusoy, Grüne Fraktion: Meine Frage von vorhin wurde nicht ganz beantwortet. Es geht um die Leistungen. Im Bericht steht, dass die Bürgergemeinde die Leistungen reduziert hat, weil man nicht 100% entgegengekommen ist mit der Entschädigung, als man es das letzte Mal auf die CHF 145'000 angepasst hat. Jetzt bezahlen wir ja mehr und meine Frage ist, ob diese Leistung wieder vollumfänglich erbracht wird. Also kommt das, was man als nicht unbedingt notwendig angesehen hat, wieder dazu?

Robert Vogt, Gemeinderat: Jawohl, das ist der Fall. In unseren Verhandlungen haben wir festgelegt, dass die bisher vernachlässigten Leistungen, die in den letzten drei Jahren zurückgestuft wurden, jetzt wieder vollständig erbracht werden. Dies soll im Controlling nach einem Berichtsjahr nachgewiesen werden.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Wir haben es auch kurz besprochen. Wir schätzen den Allschwiler Wald und wir wissen, dass dahinter viel Arbeit steckt. Wir sind trotzdem der Meinung, dass wir dem Gemeinderat Folge leisten möchten.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich wurde von Josua M. Studer direkt angesprochen, ich möchte darum kurz ergänzend etwas ausführen. Mit welchen Absichten die Bürgergemeinde in die Vertragsverhandlungen gegangen ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Wir haben nur das Ergebnis, die Leistungsvereinbarung, und diese beruht auf einem Konsens. Heute geht es nur darum, ob wir dieser Leistungsvereinbarung zustimmen, bezahlen wir das vereinbarte Geld oder nicht. Es geht heute nicht darum, ob wir noch ein bisschen mehr bezahlen. Niemand macht Einspruch bei seiner Steuerveranlagung, ein bisschen mehr bezahlen zu dürfen.

Jérôme Mollat, FDP/GLP-Fraktion: Auch wir von der FDP/GLP-Fraktion meinen, dass man dem Antrag des Gemeinderates stattgeben soll. Es ist für uns nicht ersichtlich ohne Detailkenntnisse, weshalb wir hier mehr geben sollen, als vereinbart wurde.

Cedric Roos, Präsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zu den Anträgen. Ich lese die Anträge nicht nochmals, sie sind klar. Wir stellen den Antrag Gemeinderat gegen den Antrag Josua M. Studer gegenüber.

:::

Der Antrag Gemeinderat obsiegt mit 31 zu 3 Stimmen.

Wir stimmen über den Antrag des Gemeinderates ab.

:::

Der Antrag des Gemeinderates wird einstimmig angenommen.

:::

Das Geschäft als Ganzes wird abgeschlossen.

Traktandum 3

Bericht des Gemeinderates vom 26.10.2011 zum Postulat von Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, vom 15.06.2010, betreffend Mehr Sicherheit in unserer Gemeinde
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff, Geschäft 3948 / A

Cedric Roos, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Ich habe Verständnis für das Unwohlsein der ehemaligen Einwohnerrätin Mathilde Oppliger. Jeder, der selber von einem Einbruch betroffen war oder es im nächsten Umfeld mitbekommen hat, weiss, dass die betroffenen Personen anschliessend ein ungutes Gefühl haben in den eigenen vier Wänden. Das kleinste Geräusch in der Nacht weckt eine Unsicherheit. Das möchte niemand erleben. Es geht nicht um das, was abhanden gekommen ist. Viel schlimmer ist das, was keinen Geldwert, sondern einen Erinnerungswert hat. Auch das kann man irgendwann wegstecken. Aber das generelle Unwohlsein hängt lange an und das ist das, was niemand erleben möchte. Sicherheit heisst also Lebensqualität. Wie viel Sicherheit wir versuchen durch staatliche Mittel sicherzustellen, ist eine reine Frage von Nutzen und Aufwand. Auch da gilt das Pareto-Prinzip, das vereinfacht sagt, mit einem vernünftigen Aufwand kann ich einen grossen Teil des Ziels Sicherheit erreichen, aber ich erreiche das Ziel nicht vollständig. Je mehr ich dem absoluten Ziel näher kommen möchte, desto mehr steigt mein Aufwand. Darum muss man sich fragen, sind wir auf dem richtigen Level oder sollten wir mehr machen. Der Gemeinderat meint, dass wir genug machen. Er hat Ihnen in der schriftlichen Beantwortung aufgezeigt, dass Allschwil grundsätzlich sicher ist und genug gemacht wird für die Sicherheit. Sie ist nicht weniger gut als an anderen Orten im Kanton. Die Nähe zur Grenze hat keinen erkennbaren Einfluss auf die Einbruchshäufigkeit. Die Gewährleistung der Sicherheit ist eine kantonale Aufgabe und dadurch eine Aufgabe der Kantonspolizei. Die Gemeindepolizei kann in diesem Bereich nur im Rahmen von präventiver Patrouillentätigkeit sekundieren. Der Pikettdienst hat keinen Einfluss auf die präventive Sicherheit. Die Erhöhung der Patrouillentätigkeit, das ist der einzige Beitrag, den die Gemeindepolizei und die Gemeinde leisten kann, hätte eine massive Aufstockung der Gemeindepolizei zur Folge. Damit sind wir bei der Frage von Kosten/Nutzen. Aus diesem Grund beantragt Ihnen der Gemeinderat, es bei dem zu belassen, also bei den 320 Stellenprozenten, wo wir glücklicherweise ab 1. Dezember keine Vakanz mehr haben. Und das bisherige Aufgabengebiet der Gemeindepolizei soll auch so belassen werden und das Postulat soll mit dieser Beantwortung als erledigt abgeschrieben werden.

Cedric Roos, Präsident: Wir kommen zur Beratung als Ganzes.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wir von der CVP-Fraktion und besonders Mathilde Oppliger haben dieses Postulat damals eingereicht, weil man damals vermehrt von Einbrüchen in den Medien gelesen hat. Wir hatten das Gefühl, dass man in der Bevölkerung grosse Besorgnis gespürt hat bezüglich Sicherheit in der Allschwil. Ich erinnere an einen Raumüberfall bei der Post beim Lindenplatz, sogar bei der Carmenstrasse gab es einen Entreissdiebstahl. Dies hat uns mit grosser Sorge erfüllt und deswegen kam es zu diesem Postulat. Der Gemeinderat hat aufgezeigt, dass für die öffentliche Sicherheit nicht die Gemeindepolizei zuständig ist, sondern die Kantonspolizei. Die Gemeindepolizei hat mehr Ordnungsdienst, sei das die Überwachung von so genannt ruhendem Verkehr oder Rechtshilfeerledigungen der Gerichte, also die polizeilichen Zustellungen. Das eigentliche Sicherheitsthema ist Sache der Kantonspolizei. Davon haben wir uns überzeugen lassen und darum schliessen wir uns dem Antrag des Gemeinderates an und meinen, dass man das Postulat jetzt als erledigt abschreiben kann. Wir danken dem Gemeinderat für die sehr umfassende Beantwortung dieses Postulats und für die ausführliche Statistik, die beigelegt wurde. Das war viel Arbeit und die möchten wir hier anerkennen und würdigen.

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Das Thema ist ein Thema, das bewegt, das ist eine Tatsache. Es ist ein Thema, das ich auch bereits im Landrat angesprochen habe, es hat auch dort bewegt. Aber die Antworten sind immer die gleichen. Ja, Allschwil ist nicht schlimmer dran als andere Gemeinden. Vergleichen wir uns auf dieser Ebene? Wir sind nicht schlechter als andere. Wir möchten aber besser sein, und damit wir besser dran sind, müssen wir etwas machen. Von Basel hört man immer, wie Basel sicher ist. Aber jeden Tag liest und hört man in den Nachrichten, was dort abgeht. Mittlerweile ist das schon so in Allschwil, weil diejenigen nicht wissen, dass am Morgarten Basel aufhört, darum sind sie jetzt

bei uns. Auf Seite 3 in der Antwort des Gemeinderates steht: „Es wäre verfehlt, wenn der Gemeinderat seine Personalpolitik nach Einbruchserien und dergleichen ausrichten würde“. Nach was denn? Es ist doch mehr Bedarf an Sicherheit da, und dann muss man den Polizeibestand anpassen, oder schauen, dass unser Polizeiposten rund um die Uhr belegt ist, damit wir mehr Patrouillen haben. Es kann nicht sein, dass es auf Seite 7 heisst: „Die von einer Einwohnerrätin jüngst in einem Leserbrief geäusserte Forderung, Polizisten gehören auf die Strasse sei maximal umgesetzt“. Aber anscheinend ist das nicht so, denn sonst hätten wir nicht diese Angst und die Einbruchserien. Ihr wisst, wo ich wohne, es ist eines der letzten Häuser, das noch nicht heimgesucht wurde. Auskundschaftet wurde es bereits, das wissen wir, aber ich bin entsprechend gewappnet, ich weiss, wie reagieren, schliesslich habe ich noch Militärdienst gemacht. Da kann man dann nachher auch sagen, er habe es mit der Armeewaffe gemacht. Aber das stimmt nicht, es ist keine Armeewaffe mehr, sie ist offiziell in Privatbesitz übergegangen als Dienstaltersgeschenk, weil ich so viel gemacht habe. Aber von linker Seite heisst es dann wieder, der Studer habe mit der Armeewaffe geschossen. Aber damit es nicht so weit kommt, müssen wir schauen, dass wir mehr Patrouillen haben. Interessant ist, dass ich diesbezüglich einen Leserbrief geschrieben und bemängelt habe, dass wir seit Schengen weniger Kontrolle haben durch Polizei und Grenzwa- che. Danach ist die Ortspolizei immer wieder mal durchgefahren und hat die Scheibe runtergedreht und gesagt: Guten Abend Herr Studer. Ich wusste daraufhin, dass sie Kontrolle machen, aber jetzt habe ich sie schon länger nicht mehr gesehen. Ich weiss nicht, was da passieren muss. Man darf es nicht ins Lächerliche ziehen, wenn man den Bedarf erkennt, dann muss man aufstocken. Die Gemeindepolizei, so heisst es immer, habe nur die und die Aufgaben. Entschuldigung, für das brauchen wir keine Gemeindepolizei. Sie läuft mit einer Uniform rum, ist also in der Lage einzugreifen. Wir müssen sie so ausstatten, dass sie das machen kann und nicht nur Parkbussen verteilt und Zahlungsbefehle zustellt. Das kann doch nicht die Aufgabe eines Polizisten sein.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Ich darf namens der SP/EVP-Fraktion dem Gemeinderat danken für den vorliegenden Bericht. Wir unterstützen das, es ist sehr ausführlich und sorgfältig. Wir erkennen, dass die objektive Sicherheit da ist. Und wenn sie subjektiv teilweise anders ist, dann haben wir dafür auch Verständnis. Eine Patrouille, die man nicht sieht, heisst noch lange nicht, dass sie nicht da ist. Ein Polizist, der auf dem Posten ist, der macht keine Patrouille. Dieses Thema wurde auch bereits angesprochen. Wir danken dem Gemeinderat und möchten das Postulat als erfüllt abschreiben.

Liane Klausner, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion bedankt sich für die ausführliche Antwort zu diesem Postulat „Mehr Sicherheit in unserer Gemeinde“. Einige Punkte möchte ich hinterfragen, die vielleicht in der Statistik stimmen, aber von der Bevölkerung nicht so wahrgenommen werden. Der neue Stützpunkt in Reinach für die Kantonspolizei ist nicht nachvollziehbar, alleine von der örtlichen Distanz zur einwohnergrössten Gemeinde Allschwil. Wir verstehen nicht, dass wir keine Kantonspolizei haben. Die Schnittstellen und Aufgabenverteilungen lassen die Gemeindepolizei zu Statisten werden, wohlgemerkt sind das gut ausgebildete Polizisten. Wie ich bereits in meinem Leserbrief moniert habe, ist es immer noch störend, dass abends an Wochenenden keine Polizei im Ort ist, und wir müssen warten. Wir haben auch schon gewartet. Wir werden das Postulat abschreiben, aber mit der Bitte an den Gemeinderat, dass wir weiterhin Polizei kriegen wie in Reinach.

Rita Urscheler, Grüne Fraktion: Auch wir Grünen verdanken den sehr interessanten und sehr ausführlichen Bericht. Auch wir möchten das abschreiben und dem Antrag des Gemeinderates folgen. Es stellt sich die Frage nach objektiver und subjektiver Sicherheit. Ich habe mich sehr gefreut, dass auf Seite 6 steht, dass im Moment eine Überarbeitung ansteht dieser gesetzlichen Grundlage. Ich möchte anregen, dass man dort wirklich gut überlegt, was man machen kann, damit das subjektive Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung wirklich mehr erfüllt wird. Eine Aufwertung der Gemeindepolizei wäre wichtig. Ich persönlich empfinde Reinach auch als weit weg. Ich habe auch schon eine halbe Stunde gewartet, es ging nicht um Mord- und Totschlag, aber es war eine lange halbe Stunde. Nur das Wissen, dass jemand da ist, würde sehr helfen.

Juliana Weber Killer, SP/EVP-Fraktion: Ich möchte zurückkommen auf das Votum von Josua M. Studer. Er hat die Armeewaffe erwähnt, die er zuhause hat, die zwar jetzt im Privateigentum ist. Ich finde es gefährlich, wenn man damit argumentiert, dass man einen Einbrecher damit in die Flucht schlagen würde. Ich finde das ein schlimmes Thema in Zusammenhang mit häuslicher Gewalt. Das ist ein Votum, das einfach nicht hierhin gehört.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Ich möchte ein paar Sachen zur Präzisierung anbringen, damit wir uns nicht allzu sehr im Kreise drehen. Die Gemeindepolizei hat einen klar definierten Auftrag: Öffentliche Ruhe und Ordnung sicherstellen, Ruhe und Ordnung. Da reden wir grundsätzlich auf kommunaler Ebene nur von Übertretungstatbeständen, Lärmklagen, Abfälle, die weggeworfen werden usw. Der ganze Bereich Sicherheit ist auf kantonaler Ebene geregelt und liegt in der Kompetenz der Kantonspolizei. Verbrechen und Vergehen liegt bei der Kantonspolizei. Das wird auch so bleiben, auch nach der Revision des Gemeindegesetzes und des Polizeigesetzes im Kanton. Was wir diskutieren, Diebstahl, Einbruchdiebstahl etc. ist alles grundsätzlich die Sache der Kantonspolizei. Es gibt Ergänzungen, das ist die Frage der Prävention. Da liegt klar eine Chance für die Gemeinde Allschwil, dass wir auch im Bereich der Prävention wirksam sind. Wenn etwas passiert, dann ist es grundsätzlich keine Zuständigkeit der Gemeinde mehr. Diese Sicherheit, von der wir heute reden, ist nicht das Produkt der Gemeindepolizei, sondern von der Kantonspolizei. Wenn wir die Sicherheit in der Gemeinde Allschwil erhöhen möchten, dann gibt es einen wesentlichen Aspekt vor allem an die Adresse der Landrätinnen und Landräte. Das Corps der Polizei Baselland hat massiven Unterbestand, und das führt letztendlich dazu, dass man sich auf regionale Brennpunkte konzentriert, dass man sich zeitlich konzentriert und dass man Posten schliessen muss und den Hauptposten nicht mehr in Allschwil hat, sondern nur noch in Reinach. Das führt auch dazu, dass es immer schwieriger wird, das so genannte Community Policing durchzuführen, das heisst Kontakt zum Bürger, Kenntnis vor Ort, Kenntnis der Personen vor Ort, Kenntnis der Lokalitäten vor Ort. Mit anderen Worten, es ist schwierig heute, nebst allen anderen Aufgaben, effektiv in Patrouillen aktiv zu sein. Da möchte ich an den Bestand appellieren. Es ist dringend notwendig, dass der Bestand der Kapo heraufgesetzt wird, dann hätten wir diese Leistung im Bereich der Sicherheit, von der wir heute abend reden.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Wenn ich Herrn Lauber zugehört habe, dann geht es um Schwarzer Peter hier und Schwarzer Peter dort. Es kann doch sein, dass Herr Lauber und Herr Pfaff gemeinsam nach Liestal gehen und sagen, dass wir hier ein Problem haben. Die Statistik ist erst dann erfüllt, wenn 0 steht. Das ist zwar eine Illusion, aber sie ist erst dann erfüllt, wenn 0 steht. Die Regierungsräte und Gemeinderäte müssten sich mehr einsetzen, damit Allschwil mehr Sicherheit bekommt. Ich möchte am Schluss nicht das Basler Phänomen, wenn einer kommt, zwei Patrouillenfahrzeuge hinten zu sind und zuschauen, was sie am Voltaplatz wieder alles kaputt schlagen. Eine solche Situation möchte ich in Allschwil nicht. Hier seid ihr, liebe Gemeinderäte, gefordert, dass Ihr in Liestal auf den Tisch klopft und sagt, dass wir es brauchen und dass sie endlich einmal etwas machen sollen. Man darf auch einmal fordern. Wir sagen immer, dass wir eine vorbildliche Gemeinde sein möchten. Überall möchte man vortreten, aber dort, wo es um die Sicherheit geht, da bleiben wir hinten und bremsen lieber. Das ist nicht die Situation, die der Bürger möchte. Das Empfinden ist sicher höher zu rechnen, als das, was die Statistik sagt.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Ich möchte die vielen guten Sachen, die gesagt wurden, nicht verwässern. Es gab viele gute Aussagen. Polizei aufstocken, hat mit Stellenprozenten zu tun. Stellenprozentage kann ich nur sprechen, wenn ich Geld habe. Das ist vor allem auf kantonaler Ebene ein Problem, das wissen wir, und auf kommunaler Ebene nicht keins. Es hat auch damit zu tun, wie viele Steuergeschenke möchte ich noch, respektive können wir uns noch leisten, wie es bis jetzt ist oder eben nicht. Langsam sieht man ein, was man sich in Liestal oben eingebrockt hat. Wir haben selber auch an den Abstimmungen dies als Volk gutgeheissen, jetzt haben wir den Salat. Hier muss man über die Bücher, und dann kann man gerne wieder mehr Polizei anstellen.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Ich möchte gerne an das Votum des Gemeindepräsidenten anschliessen. Das Problem liegt auf kantonaler Ebene. Das Votum von Herrn Zimmermann, dass wir wegen der Allschwiler Sicherheit vorsprechen müssen, ist nicht der richtige Weg. Der richtige Weg wäre, dass die Landräte des ganzen Kantons – das Problem liegt im ganzen Kanton – zusammenstehen und im entsprechenden Departement Druck ausüben. Ich hatte die Gelegenheit letztes Jahr, das Ausbildungszentrum der Polizei in Hitzkirch zu besuchen. Das ist eine ganz tolle Institution, dort in Hitzkirch lassen Zürich, Aargau, Baselland und Basel-Stadt etc. ihre Leute ausbilden. Ich meine in Erinnerung zu haben, dass der Kanton Baselland im Jahr 2011 keine Leute zur Ausbildung schickt. Das muss einem zu denken geben, da ist der Landrat, und nicht nur unser lieber Josua oder andere Landräte, sondern der ganze Landrat gefordert. Ich möchte noch etwas zu Allschwil sagen. Ich wohne sehr exponiert, ich wohne relativ in einer dunklen Ecke von Allschwil. Ich muss richtig stellen, was heute abend falsch gesagt wurde. Die Grenzwaiche in Allschwil ist sehr präsent. Die Grenzwaiche macht in Allschwil eine ganz tolle Arbeit. Denen ein grosses Dankeschön und selbstverständlich allen anderen auch.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Ich rede jetzt als Landrat, ich bin in der Justiz- und Sicherheitskommission. Wir hatten bereits Kontakt mit dem Polizeibeamtenverband, Präsident ist dort Herr Lauber. Kurt Kneier hat nun grad Hitzkirch angesprochen, ich hatte auch mit seinem Sohn Kontakt, aber privat, der ist auch Polizist im Kanton Baselland, und damit ist der Kreis geschlossen. Die Kommission ist zusammengesetzt wie bei uns nach Parteienstärke. Somit ist die linke und die rechte Seite relativ stark vertreten und die Mitte teilt sich das auf. Wir haben einstimmig beschlossen, dass wir die Polizei aufstocken möchten, entgegen den Anträgen der Budgets, wo wir CHF 180'000'000 sparen müssen. Es ist auf dem Wege. Es ist erkannt und es gab eine Reorganisation bei der Polizei. Das hatte mit den Schliessungen zu tun. Die flächendeckende Sicherheit ist gewährleistet, jetzt muss man eine Optimierung der Optimierung machen. Es wurde einstimmig von allen Kommissionsmitgliedern aus allen Parteien im Landrat so eingegeben, da ziehen wir am gleichen Strick.

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Ich möchte kurz darauf hinweisen, dass ich nicht mitteilen wollte, dass die Arbeit der Grenzwahe oder der Polizei nicht gut ist. Sie machen das Möglichste, aber seit Schengen haben sie einen anderen Auftrag. Sie sind nicht mehr so präsent in Allschwil wie vorher, da liegt das Problem. Der Einsatzplan, den sie kriegen, können sie nur ausführen, sie können ihn nicht ändern. Daran müssen wir arbeiten, und nicht am einzelnen.

Cedric Roos, Präsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, dann kommen wir zur abschnittsweisen Beratung.

Andreas Bammatter, 2. Vizepräsident:

1. Ausgangslage

2. Antwort des Gemeinderates

Ich gebe das Wort dem Präsidenten für den Antrag.

Cedric Roos, Präsident. Damit ist die Beratung abgeschlossen und wir kommen zum Antrag des Gemeinderates:

Das Postulat 3948 wird als erledigt abgeschrieben.

://:

Das Postulat wird grossmehrheitlich abgeschrieben.

://:

Das Geschäft als Ganzes wird grossmehrheitlich abgeschlossen.

PAUSE

Cedric Roos, Präsident: .Wir fahren mit der Einwohnerratssitzung fort und wir kommen zum Infenster des Gemeinderates.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Ich erlaube mir Werbung zu machen in fremder Sache. Morgen abend, Donnerstag, 19.30 Uhr, im Lichthof der Gemeindeverwaltung werden wir den ersten Allschwiler Preis verteilen, und zwar an Margrit Mensch. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie zahlenmässig alle erscheinen würden.

Christoph Morat, Gemeinderat: Ich bin Ihnen noch eine Antwort schuldig zum Deal, den wir an der letzten Einwohnerratssitzung gemacht haben, Rückzug des Postulats wegen der Energiebilanz. Ich zeige Ihnen, wie viel Energie wir brauchen anhand eines Beispiels. Wir haben das Beispiel der Gemeindeverwaltung, Baslerstrasse 111, genommen. Dort haben wir den Energieverbrauch aufgelistet. Aus einer Excel-Tabelle kann man ein schönes farbiges Bild machen. Ich bitte um die Folie. Mit diesen Balken alleine kann man noch nicht so viel anfangen, aber wenn man die Zahlen dahinter sieht, dann kann man das besser interpretieren. Der blaue Balken, ich hoffe, er ist blau auf der Folie, ist der Energieverbrauch vom Erdgas in Kubikmeter, respektive in Kilowattstunden pro Jahr. Das sind im Schnitt 250'000, es waren in den letzten Jahren, also im 2008, 233'000, im Jahr 2009 waren es 275'000, offenbar war dieser Winter kälter. Dann kam es wieder runter, im 2010 waren es 239'000 und aktuell – es ist immer das Ablesungsdatum 30. April – sind wir auf 274'000. Wenn man das durch die Anzahl Quadratmeter, Nettogeschossfläche ohne die Wände, teilt, dann haben wir 4'506 Quadratmeter. Und dann entspricht diese Zahl rund 55,48 Kilowattstunden pro Quadratmeter, das ist nur die Gasenergie, die wir brauchen. Was bedeuten 85 Kilowattstunden pro Quadratmeter? Es gibt Quervergleiche, was Verwaltungsgebäude im Durchschnitt in der Schweiz brauchen. Da sind je nach Bauart und Baujahr zwischen 100 und 180 Kilowattstunden pro Quadratmeter veranschlagt. Wir haben bei der Heizenergie einen relativ tiefen Wert. Es entspricht ungefähr dem Minergiestandard, was die heutige Anforderung ist. Bei der elektrischen Energie sieht es noch ein bisschen besser aus, das sind die beiden roten und der grüne Balken. Der rote Balken ist der Hochtarif und der grüne ist der Niedertarif. Logischerweise braucht man nachts nicht mehr viel, das sind vielleicht noch ein paar Surfer und ein bisschen Beleuchtung, die nachts an ist, vor allem die Aussenbeleuchtung. Bei der elektrischen Energie brauchen wir pro Quadratmeter 35,26 Kilowattstunden, auch das ist ein absolut unterer Wert, wenn man von einem Mittel von 120 Kilowatt ausgeht bei Verwaltungsgebäuden. Vielleicht noch eine grundsätzliche Bemerkung, bevor ich meine Ausführungen zu dem Thema abschliesse. Die Gemeinde Allschwil weiss sehr wohl, wo der Hauptenergieverbrauch ist. Das sind nämlich unsere Schulhäuser. Ein paar von den Schulhäusern haben wir seit dem 01. August nicht mehr, nämlich das, wo wir uns hier befinden, und das Breiteschulhaus, das ist jetzt in Kantonsbesitz. Der Kanton muss sich um Verbesserungen kümmern. Wie Ihr wisst, und ich möchte wieder Werbung machen dafür, wir planen und bauen ein neues Schulhaus. Das neue Schulhaus wird 100% besser die Energiebestimmungen erfüllen respektive Energiesparen helfen, wie Gartenstrasse und Bettenacker miteinander. Dies ein Werbespot in eigener Sache. Wenn wir Schulhäuser sanieren und neu bauen mit den heutigen Mitteln und dem heutigen Wissensstand, können wir viel Energiesparen. Bei den Verwaltungsgebäuden, das zeigt die Energiebilanz, die ich Ihnen präsentiere, liegt nicht allzu viel drin. Es ist das gleiche, wie Thomas Pfaff vorhin gesagt mit dem Pareto-Prinzip. Wie viel Geld muss man in die Hand nehmen, um noch eine Steigerung zu erreichen. Machen wir es lieber bei den Schulhäusern.

Cedric Roos, Präsident: Gibt es noch weitere Informationen aus dem Gemeinderat? Das ist nicht der Fall. Ich wurde angesprochen, ob die Budgetpostulate verlesen werden. Wir haben das besprochen, wir werden sie nicht verlesen. Es sind 14 und sie werden per Ende November verschickt. Jetzt kommen wir zu Traktandum 4.

615 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Bericht des Gemeinderates vom 26.10.2011 zur Motion von Jérôme Mollat, GLP, Andreas Bammatter, SP, Julia Gosteli, Grüne, Thomas Müller, SP, Jürg Vogt, FDP, Christoph Benz, EVP, vom 07.04.2011, betreffend
„Unser neues Schulhaus“ – alternative Finanzierungsmöglichkeiten
Geschäftsvertretung: VP Nicole Nüssli, Geschäft 4001 / A

Cedric Roos, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall.

Nicole Nüssli, Gemeinderätin: Ich kann mich zu diesem Traktandum kurz fassen. Der Bericht, den Sie erhalten haben, ist umfassend und beantwortet aus meiner Sicht alle Fragen zu diesem Thema. Es ist dem Gemeinderat wichtig auf ein paar Punkte hinzuweisen. Die aufgezeigten Finanzierungsmöglichkeiten, die Sie aus dem Bericht entnehmen konnten, sind eine aktuelle Bestandesaufnahme, eine Bestandesaufnahme der heutigen möglichen Finanzierungen für das Projekt

Unser neues Schulhaus. Der Gemeinderat beschäftigt sich schon länger mit dem Thema und wird dies auch in Zukunft noch tun, wie auch Sie als Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen dies tun werden. Es ist klar, dieses Papier ist kein Versprechen für die Zukunft. Das einzige Versprechen, das ich Ihnen geben kann, ist das, dass der Gemeinderat gewillt ist, zukünftige Finanzierungsprojekte nach einer bestimmten Finanzierungshierarchie zu beurteilen und definitiv zu entscheiden, wenn es um die konkrete Frage geht, was wir tun und wie wir finanzieren. Die Finanzierungshierarchie konnten Sie der Seite 3 entnehmen. Sie haben gesehen, dass wir ähnlich einem Entscheidungsbaum verschiedene Möglichkeiten abchecken und reihenweise vorgehen. An erster Stelle steht die Möglichkeit und die Frage, ob wir mit den Liquiditätsüberschüssen die entsprechenden Investitionen tätigen können. Erst am Schluss, wenn alles nicht mehr möglich ist, steht die Frage nach einer Steuererhöhung. Dazwischen steht die Frage, ob wir Vermögen veräussern. Das Versprechen kann ich Ihnen abgeben, dass der Gemeinderat gewillt ist, alle zukünftigen Investitionen nach dieser Hierarchie zu beurteilen. Der Gemeinderat ist keinesfalls gewillt, entsprechend der Tabelle auf Seite 5, wo man sieht, welche gemeindeeigenen Grundstücke wir haben, alle Vermögensbestandteile, die wir haben, zu veräussern. Es ging hier nur darum, Ihnen aufzuzeigen, was passieren würde, wenn wir das machen würden, welche Gelder in die Kasse einfliessen würden. Es ging nicht darum, Ihnen hier aufzuzeigen, dass dieser Entscheid so bereits gefällt wurde. Damit komme ich zum Schluss, und es leuchtet jedermann ein, dass, wenn wir nichts veräussern, irgendwann die Frage nach einer Steuererhöhung kommt. Das habe ich am Anfang gesagt und ich betone es nochmals. Irgendwann steht die Frage im Raum, und über die dürfen Sie letztendlich entscheiden. Ich bitte Sie, dem Antrag des Gemeinderates zu folgen und die Motion als erledigt abzuschreiben.

Cedric Roos, Präsident: Wir kommen zur Beratung als Ganzes.

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Ich habe das Geschäft gut gelesen und habe etwas gefunden auf Seite 6, das ich Herrn Benz und den linken politischen Vertretern aufzeigen möchte, dass Sie nämlich manchmal wie Rattenfänger pfeifen und tanzen, aber nicht recht haben mit ihrem ewigen Märli, dass Steuersenkungen negative Auswirkungen haben. Wir lesen in Absatz 2.5: Aus einem Steuerfussprozent resultieren knapp CHF 750'000. Vor noch nicht so langer Zeit haben wir über die Wegmatten geredet. Da ging es um CHF 500'000, da hiess es immer, ein Steuerprozent. In kürzester Zeit haben wir nun CHF 250'000 mehr Steuereinnahmen für ein Steuerprozent. Das zeigt genau das auf, was ich immer wieder sage. Allschwil könnte es sich leisten, ein Steuerprozent herunterzugehen. Wir haben immer noch mehr als früher. Es geht uns immer wie besser, und wir hören immer das Lied, dass Steuersenkungen negativ sind. Aber weil wir günstiger anbieten können, kriegen wir mehr Kundschaft, sprich Bewohner, sprich Firmen. Es heisst immer, wir haben zu wenig Geld, weil wir die Steuern gesenkt haben, nein, die Begehrlichkeiten werden grösser. Man möchte alles behalten und neu dazu kaufen, aber wie. Mit einer Steuererhöhung, das kann doch nicht sein. Wir haben die Möglichkeit, Sachen zu veräussern, die wir nicht dringend brauchen. Mit dieser dringlichen Motion hat man dem Gemeinderat unterstellt, dass er das Tafelsilber veräussern möchte. Man hat ihm unterstellt, dass er seine Hausaufgaben nicht recht gemacht hat. Und ich habe festgestellt, dass ihr die Vorlage für das neue Schulhaus nicht richtig gelesen habt. Da hiess es nirgends, dass das und das passiert. Jetzt kommt das nächste dazu, die politischen Abläufe sollte man kennen. Wir können bestimmen, nicht der Gemeinderat. Wir sind es oder ganz am Schluss das Stimmvolk. So viel zum Thema sinnlose Vorstösse, die der Studer einreicht. Das hätten wir uns sparen können.

Cedric Roos, Präsident: Gibt es Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, wir kommen zur abschnittswisen Beratung.

Andreas Bammatter, 2. Vizepräsident:

Geschäft 4001A. Dringliche Motion „Unser neues Schulhaus“ – alternative Finanzierungsmöglichkeiten

1. Ausgangslage

2. Antwort des Gemeinderates

3. Fazit des Gemeinderates

Ich gebe das Wort dem Präsidenten für den Antrag.

Cedric Roos, Präsident: Die Beratung ist abgeschlossen. Es gibt doch noch eine Wortmeldung.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Entschuldigung, es ging ein bisschen schnell. Ich habe eine Frage zu Seite 5. Unter mögliche Finanzierungsquellen sind mögliche Finanzierungen aufgezeichnet. Vorfinanzierung 2008, zusätzliche Abschreibung 2009. Ich habe jetzt die Frage, was im 2010 war. Konnten wir da keine zusätzlichen Abschreibungen oder Vorfinanzierungen machen? Wenn das dazu käme, würde es ein bisschen besser aussehen.

Nicole Nüssli, Gemeinderätin: Ich beantworte diese Frage gerne. Die Tabelle ist diese, die im Bericht an den Einwohnerrat zur Gesamtstrategie „Unser neues Schulhaus“ am 12. Januar 2011 war. Es ist diese Bestandesaufnahme, die auf den Zeitpunkt zurückdatiert ist. In der Zwischenzeit sind im Jahr 2010 noch weitere Vorfinanzierungen dazu gekommen. Die Position, die mit CHF 8'300'000 angegeben ist, liegt heute aktuell bei CHF 12'400'000. Es kommen also rund CHF 4'000'000 dazu, sodass am Schluss CHF 49'500'000 dasteht. Geplant sind aber Ausgaben von CHF 50'000'000. Wir sind näher daran, aber noch nicht ganz.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Es ging vorhin etwas schnell, ich meinte, dass bei Punkt 2 noch die Unterpunkte kommen, und dann war ich zu langsam. Bei Punkt 2 ist mir aufgefallen, dass es spannend bleibt. Ich sehe die Absicht des Gemeinderates, Rückstellungen zu machen, damit nicht zu viel Tafelsilber verkauft werden muss oder nur das, was der Gemeinde nicht weh tut. Man kann aber nicht garantieren, wie weit es reichen wird. Wir sind uns bewusst, es bleibt spannend, wir werden sehen, was kommt, mit und ohne Steuererhöhungen und Steuersenkungen. Auch dieses Thema wird uns sicher wieder beschäftigen. Ich habe ein gegenteiliges Argument zu den Steuern, das Sie kennen und ich darum nicht sagen muss. Danke für dieses Papier, macht weiter so mit dieser Sorgfalt. Ich hoffe, wir können möglichst viele der grossen Landstücke, die der Gemeinde von Nutzen sein könnten, behalten, anstatt später wieder Land zu suchen, das nicht mehr zu haben ist oder nur sehr teuer.

Thomas Möller, SP/EVP-Fraktion: Es ging mir auch ein bisschen zu schnell. Auf Seite 2 und 3 habe ich einen Einwand. Die Auflistung ist logisch und man kann sie nachvollziehen. Wenn man es aber durchdekliniert, dann kommt man schnell dazu, dass die Veräusserung des Verwaltungsvermögens die beste und naheliegendste Lösung ist. Unter 2.3 im Finanzplan 2012 bis 2016 wird die Veräusserung vom Bettenackerareal moniert, das muss man vielleicht nochmals anschauen. Letztendlich kommt man zum Schluss, das ist eine explizite Auflistung, dass dargestellt wird, wie man das Tafelsilber wann und wie verkaufen könnte. Steuererhöhungen sind befristet und zweckgebunden, das könnte man durchaus nochmals anschauen, auch wenn nach Meinung von Josua M. Studer die Finanzen dermassen gut sind. Leider sind sie nicht so gut. Vielleicht ist das eine Option, die geprüft werden muss. Die Leute sind intelligent genug, um zu sagen, eine temporäre Steuererhöhung ist vielleicht eine Alternative zur Veräusserung des Tafelsilbers. Auf das Public Private Partnership möchte ich nicht eingehen, das ist exotisch. Es wird der Vollständigkeit halber genannt. Es nützt aber nicht viel, es ist keine Option. Das Fazit macht der Gemeinderat explizit und sagt, ohne Verflüssigung des Verwaltungsvermögens ist es nicht möglich dies zu finanzieren. Letztendlich wurde die Arbeit gemacht. Ich unterstütze, dass diese Motion abgeschrieben wird. Ich glaube aber nicht, dass die Diskussion über die Finanzierung damit beendet ist.

Jérôme Mollat, FDP/GLP-Fraktion: Ich möchte etwas sagen zu Punkt 2.4, mögliche Finanzierungsquellen. Frau Gemeinderätin Nicole Nüssli hat bereits etwas zur Tabelle gesagt mit den Grundstücken und Grünflächen, die man verkaufen könnte. Es wäre sehr verlockend, möglichst viel zu verkaufen, dann wäre der ganze neue Schulhausbau finanziert. Ich möchte davor warnen, dies möglichst umfangreich zu machen. Würden wir das machen, dann würde ganz Allschwil zubetoniert und mit Sicherheit wäre die Attraktivität der Gemeinde nachhaltig und unwiderruflich geschädigt. Zu den Vorfinanzierungen und zusätzlichen Abschreibungen. Es gibt hier die Meinung, dass dieses Geld irgendwo dafür platziert ist. Dem ist nicht so, das Geld ist nicht in einer separaten Kasse. Wenn wir das Schulhaus finanzieren, dann müssen die ganzen CHF 50'000'000 finanziert werden. Die ganzen Vorfinanzierungen nützen uns dazu nichts.

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Lieber Kollege Möller, das Glas ist halb voll oder halb leer. Wenn der Gemeindepräsident uns heute abend sagt, dass wir uns das locker leisten können, dem Personal die Ferienwoche zu finanzieren, dann bin ich nicht falsch in der Annahme, dass wir nicht am Hungertuch nagen.

Cedric Roos, Präsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? Dann ist das der Schluss der abschnittswisen Beratung. Wir kommen zu den Anträgen des Gemeinderates:

Gestützt auf diese Ausführungen wird dem Einwohnerrat beantragt, diese Motion als erledigt abzuschreiben.

://:

Die Motion wird einstimmig abgeschrieben.

://:

Das Geschäft als Ganzes wird einstimmig abgeschlossen.

616 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 5

Motion von Josua M. Studer, SD, vom 24.05.2011, betreffend
Einbezug von Sozialbezügern
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier, Geschäft 4006

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Ich möchte lieber vom Gemeinderat zuerst hören, weil ich nicht schriftlich informiert wurde, warum er die Motion nicht entgegennehmen möchte.

Arnold Julier, Gemeinderat: Ich mache das gern. Und zwar haben wir uns das Programm, das in Basel-Stadt oder in anderen Gemeinden angeboten wird, vorstellen lassen am 18. Januar in diesem Jahr. Uns, das ist der Verantwortliche vom Tiefbau, Werkhof und von den Sozialen Dienste. Vorgesehen ist bei diesem Programm, dass 12 Sozialhilfebezügern oder Sozialhilfebezügern eine Gruppe machen und eine Person wird Teamleiter oder Teamleiterin bestimmt. Sie arbeiten von Montag bis Freitag in zwei Schichten drei Stunden. Den Auftrag erhalten sie vom Werkhof, aber selber ist diese Gruppe nicht im Werkhof integriert. Es beinhaltet ausschliesslich ein Arbeitsprogramm, also Beschäftigungsmöglichkeiten. Es geht dahin, dass sie nachher wieder in die Arbeitswelt integriert werden, ein Coaching oder Betreuung findet dort nicht statt, es ist ein reines Beschäftigungsprogramm. Wir haben es mit dem Werkhof zusammen in längeren Diskussionen angeschaut, was die Vorteile und was die Nachteile sind. Wir sind letztlich zum Schluss gekommen, dass in der Gemeinde Allschwil für so viele Leute während so viel Zeit keine Arbeit vorhanden ist. Sie sagen, es ist nicht möglich, dass sie sie so beschäftigen können, somit ist das Ziel nicht erreicht. Die private Firma, die das anbietet, sagt, dass es 12 Personen sein müssen. Wir können nicht sagen, dass wir es nur mit 6 Personen machen, sondern es müssen 12 sein. Wichtig ist, dass bei dem Arbeits- oder Integrationsprogramm hinterher eine Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess stattfinden muss. Das ist hier nicht möglich, weil es kein Coaching gibt. Wir möchten eine Fachstelle für Arbeitsintegration auf der Gemeinde installieren, die die Integrationsprogramme macht und Kontakt mit den Firmen aufnimmt. Darum stellt der Gemeinderat den Antrag, diese Motion abzulehnen.

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Danke, Herr Gemeinderat Julier. Mit dieser Antwort musste man rechnen. Ich bin Mitglied in der Sozialhilfebehörde und habe das Vergnügen, in Anführungs- und Schlusszeichen, 14-täglich viel Geld zu sprechen oder dagegen zu sein ohne Chancen. Wir hören immer wieder, es sei aussichtslos je wieder eine Arbeit zu kriegen. Wir finanzieren Programme für Drögeler, Alkoholiker, wo man weiss, dass sie nicht aussteigen können. Das ist genau diese Zielgruppe, die man beschäftigen könnte. Das sind genau die, die den ganzen Tag herumsitzen und warten, bis sie zum Spritzenhüsli springen können. Die könnte man so beschäftigen. Bedarf gibt es in Allschwil. Das Littering wurde schon oft hier thematisiert, es bessert sich nicht. Firmen müssen angestellt werden, die

Reinigungen vornehmen bei den Haltestellen, ansonsten wäre es weiterhin nicht sauber. Wir haben an der Napoleonstrasse regelmässig Kehrichtdeponien, und auch sonst im Wald. Das sind alles Betätigungsfelder, wo wir solche Leute einsetzen könnten. Ich verstehe nicht, weshalb man jetzt einfach sagt, dass es kein Beschäftigungsprogramm mit Coaching ist, um jemanden einzugliedern. Ich denke schon, dass es richtig ist, dass dies nicht der Job ist, um jemanden wieder einzugliedern. Aber genau diese Gruppierung, die wir jetzt kennen an anderen Orten, das sind Leute, die dankbar sind, dass sie eine solche Beschäftigung haben. Das kostet nicht viel, aber gibt etwas, nämlich denen eine Struktur. An anderen Orten ist es toll und in Allschwil ein Flop? Es müssen mindestens 12 Personen sein. Wer schreibt das vor? Das sind diese Firmen. Man kann ja ein eigenes Programm machen. Allschwil hat eine Sozialhilfeabteilung. Die können ein solches Programm auch machen, das ist absolut kein Problem. Es braucht nicht immer externe Firmen wie im Atlas, die einen Haufen Geld kosten und nur auf Profit aus sind. Wenn wir etwas Soziales machen wollen, dann müssen wir so etwas anbieten, und uns nicht hinter Ausreden verstecken. Es hiess damals schon, wie ich heute abend erwähnt habe, es sei gefährlich sie zu beschäftigen, man müsse sie beobachten. Trauen wir diesen Leuten eigentlich nichts zu? Wir verfügen ihnen, dass sie Arbeitsbemühungen machen müssen, obwohl man genau weiss, sie werden niemals eine Stelle finden. Sie müssen Arbeitgeber plagen mit Arbeitsbemühungen. Sie werden nirgends eine Chance haben. Solche Leute könnte man dafür einsetzen. Ich verstehe das nicht, man hört immer, wie man sozial sein sollte und alle integrieren soll. Wenn es nun darum geht, dann verpflichtet man lieber einen Arbeitgeber dazu, mindestens so und so viele Behinderte oder schlecht Ausgebildete zu beschäftigen. Das kann es einfach nicht sein, die Gemeinde sollte eine Vorreiterrolle haben.

Juliana Weber Killer, SP/EVP-Fraktion: Josua, im Grundsatz hast du eigentlich recht, dass du Sozialhilfebezüger beschäftigen möchtest. Es ist sehr wichtig, dass diese Menschen eine Tagesstruktur haben, damit sie das Gefühl haben, von der Gesellschaft gebraucht zu werden. Jeder Mensch arbeitet gern. Aber es gibt ein paar Fallstricke. Wir definieren uns in unserer Gesellschaft immer noch über Lohnarbeit. Das heisst, dass man für geleistete Arbeit auch Lohn erhält. Wenn du dir jetzt vorstellst, du hast im Werkhof normal von der Gemeinde Angestellte und die Sozialhilfebezüger, die dort auch arbeiten, aber keinen Lohn kriegen, da könnte es schnell zu Reibereien kommen. Der findet dann, dass er die genau gleich gute Arbeit leistet wie der, der einen rechten Lohn bezieht. Das sehe ich als grosses Problem. Irgendwann einmal ist die Vielfalt der Arbeit, die man denen zutrauen und geben kann, erledigt. Irgendwann ist der Wald sauber und im Werkhof hat es auch keine Arbeit mehr. Was willst du ihnen dann geben? Viele der Sozialhilfebezüger sind über eine längere Zeit arbeitslos, sie sind nicht mehr im Arbeitsmarkt. Oft sind es persönliche Schicksale von diesen Leuten, vielleicht haben sie den Job verloren. Es sind Leute, die Hilfe brauchen, um integriert zu werden in den Arbeitsmarkt. Die kann man nicht einfach reinschiessen und denken, dass sie funktionieren. Sie brauchen professionelle Unterstützung. Man braucht dort eine fachliche Begleitung, die Sinn macht. Man könnte als Fazit sagen: Qualität vor Quantität. Es gibt Projekte in der Ausarbeitung. Der Grundsatz ist gut, aber ich kann dem Gemeinderat diesbezüglich folgen, dass man es so, wie du es möchtest, nicht umsetzen kann.

Susanne Studer, SD, fraktionslos: Ich sehe Sie immer in Birsfelden zusammenkommen, um 08.00 Uhr morgens. Das sind keine 12 Leute, sondern 6 bis 7. Vor ein paar Wochen konnte ich in Birsfelden an der Endstation mit der Person persönlich reden. Diese Person war positiv eingestellt, hat eine Tagesstruktur und hat eine Beschäftigung, und war zufrieden. Ich finde es eine gute Idee und Sache. Die Gemeinde würde auch etwas gegen Littering, machen, was auch ein grosses Problem in Allschwil ist.

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Es ist anscheinend nur Wahlversprechen, man solle den Minderbemittelten helfen etc. Man solle schauen, dass sie in der Gesellschaft bleiben. Wenn es denn darum geht, dann macht man lieber nichts. Liebe Juliana, ich glaube es nicht, einen Vergleich zu machen von einem Sozialbezüger zu einem Arbeiter vom Werkhof. Dieser Vergleich hinkt brutal. Der vom Werkhof hat eine rechte Ausbildung, der hat schon einiges erbracht. Der andere, der Sozialhilfe bezieht, kriegt einfach einen schönen Batzen Geld, ohne dass er etwas dafür machen muss. Ich bin der Meinung, dass man ein solches Entgelt verlangen darf für das Geld, das man, ohne eine Leistung zu erbringen, erhält. Und das ist nicht wenig, sonst müsst ihr halt das Sozialgesetz und die Verordnung hervorheben und lesen, was man kriegt. Ich sage es immer wieder in der Sozialbehördensitzung. Es ist eigentlich ein gottloser Affront gegenüber jedem, der arbeitet, und kein Wahnsinns-Einkommen hat. Derjenige, der Sozialhilfe bezieht, lebt schlussendlich besser. Wenn er zügelt, dann kann er die Zügelkosten in Rechnung stellen. Möchte er das Kind in einen Sportverein geben, dann kann er Sportbeiträge verlangen, Skilagerkosten, und und und und und. Es hört nicht auf, wird er alkoholabhängig, dann bezahlt man ihm Entzugskosten etc. Jemand, der einen normalen Job macht und CHF 4'000 bis CHF 5'000 verdient, muss schauen, dass er irgendwie durchkommt, der Sozialbezüger lebt besser. Man darf von dem nicht einmal

erwarten, dass er etwas für das Geld macht. Vielleicht will er es ja, und man gibt ihm nicht einmal die Möglichkeit. Das ist ein Einkommen. Heute darf man ja Sozialbezüger einbürgern, weil es ein regelmässiges kostendeckendes Einkommen ist. Und dann heisst es, man darf nicht verlangen, dass er etwas macht, das sei ungerecht gegenüber dem anderen vom Werkhof, der mehr verdient. Hallo, in welcher Welt lebt ihr eigentlich? Im Grundsatz ist es gut. Aber im Grundsatz fängt es an. Das Haus fängt man auch nicht mit dem Dach an zu bauen. Man macht ein gutes Fundament und baut darauf. Aber wenn man nie ein Fundament legt, dann kann man nie etwas machen. Das ist Schönfärberei, ihr möchtet die Verantwortung nicht übernehmen und den Leuten die Möglichkeit nicht geben, damit sie sich so integrieren können. Nein, man bezahlt lieber Institutionen mit unseren Steuergeldern. Und wenn man schaut, wer in den Institutionen arbeitet, wer sind die Coach, dann sind die alle aus der schönen linken Ecke.

Arnold Julier, Gemeindepräsident: Zuerst wegen den 6 Leuten, die man in Birsfelden sieht. Logisch, es sind 6 am Vormittag und 6 am Nachmittag. 6 plus 6 ergibt 12, also sind es 12 Leute, die dort sind. Zu den Kosten: Es kostet CHF 12'000 pro Monat, das ist nicht umsonst. Gut, der Kanton bezahlt auch einen Teil. CHF 12'000 pro Monat plus CHF 36'000 für den Zuschuss, den sie erhalten. Wenn man vom Geld redet, dann ist es nicht so günstig. Übrigens wurde das schon in mehreren Gemeinden vorgestellt. Birsfelden und Pratteln haben es gemacht und Frenkendorf fängt jetzt an. Pratteln möchte, soweit ich informiert bin, Ende Jahr aufhören. Ich weiss nicht, was da Gutes dran ist. Man kann nicht die Leute schicken, die man gerne in den Arbeitsmarkt integrieren möchte, sondern die, wo das nicht mehr möglich ist. Wie viele wir von denen haben, weiss ich nicht. Und ob die das dann in der Gruppe erbringen können, weiss ich auch nicht. Ich weiss auch nicht, wie es aussieht, wenn durch Allschwil eine Equipe läuft mit 6 Leuten, und dann denkt man, das sind jetzt die, die Sozialhilfe beziehen. Aber der Einwohnerrat entscheidet.

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion: Ich möchte nur etwas sagen, um Juliana zu verteidigen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Sozialhilfebezüger ohne eine klare Struktur und ohne klaren Auftrag putzen gehen. Da ist eine grosse Arbeit dahinter, ein Programm und eine Kontrolle. Wenn die einfach durch die Strassen laufen, dann ist am Schluss immer noch die Hälfte am Boden. Es braucht jemand, der kontrolliert, da ist ein grosser Aufwand dahinter. Es kostet, man braucht auch Leute, die das kontrollieren, für die Gruppenleitung etc. Es ist ein Rattenschwanz, der von der Idee her sehr ideell ist, aber dies einfach so übers Knie zu brechen, sehe ich nicht. Wenn überhaupt, dann nicht etwas eigenständiges aufbauen, sondern bei den anderen fragen. Sie fühlen sich so wohl, wie sie bei der Gruppe geborgen sind. Die, die du Susanne getroffen hast, haben Tagesstrukturen, haben eine klare Leitung, wissen wie viel sie erledigen müssen, die kann man nicht einfach auf die Strasse schicken und denken, die arbeiten jetzt für das, was sie vom Staat erhalten. Das finde ich beinahe überheblich.

Semra Wagner-Sakar, SP/EVP-Fraktion: Ich spreche jetzt hier als Betroffene, ich arbeite bei der Sozialhilfe Basel-Stadt. Ich kenne die Arbeit, die sie machen, Basel-Stadt macht das seit sechs Jahren. Vor zwei Jahren hatte ich ein Klientenprogramm von 140 Dossier, von denen sind zwei Leute dort dabei. Da habe ich enorm viel Arbeit gebraucht, bis sie da mitgemacht haben. Das braucht eine Überwindung für die Sozialhilfebezüger. Man kann darüber diskutieren, ob sie es verdienen oder nicht, dass sie Sozialhilfebezüger sind. Es kann jeden betreffen. Ich nehme die, die Sozialhilfe nicht in Schutz, aber es kann jeden von uns betreffen. Wir können arbeitslos und ausgesteuert werden. Und was machen wir dann, wenn wir eine Familien haben? Ich möchte, dass Josua sich das einmal überlegt. Ich bin auch nicht dafür, dass sie faul auf der Haut liegen. Aber diese Menschen versuchen, eine Stelle zu finden. Und es gibt die, die seit Jahren nichts finden, weil sie vielleicht über 55 sind. Okay, dann sind sie in dem Programm, und das hat Barbara bereits gesagt, dann braucht es ein Coaching. Meine Leute, die gegangen sind, haben gesagt: Nein, für was soll ich das machen. Man musste sie coachen, damit sie sagen: Ich mache das, ich bin bereit, als Sozialhilfebezüger dorthin zu stehen und zu sagen, ich bin Sozialhilfebezüger und mache die Arbeit. Das macht nicht jeder, einfach auf die Strasse zu gehen. Natürlich kann man sie dazu zwingen. Ist denn das Gesetz gegeben, damit man ihnen das sagen kann: Du musst arbeiten gehen. Die brauchen dann eine Integrationszulage. Das ist in dem Artikel, den du uns kopiert hast, auch gestanden. Das Coaching, die Planung, alles dahinter, muss bezahlt werden. Irgendwie geht das für mich nicht auf. Ich finde das auch etwas Gutes und bin froh, dass meine zwei Klienten dort dabei sind. Ich finde das nicht sozial, Josua, das geht einfach nicht. Arnold Julier hat gesagt, dass man daran ist, eine Fachstelle zu machen. Ich finde es toll, dass man das macht. Eine Fachstelle mit den Integrationsprogrammen, wo man auch die Sozialhilfebezüger involvieren kann. Ich kenne den Leiter vom Sozialdienst Birsfelden persönlich und die haben auch vor, aufzuhören. Es bringt nichts, die Leute gehen nicht. Sie gehen und machen es einen Tag und sagen dann Nein, und dann muss man wieder neue Leute finden. Man braucht aber die 12 Leute. Das braucht eine enorme Arbeit. Man kann

sich jetzt Zeit nehmen und schauen, was die Gemeindeverwaltung bringt mit den Integrationsprogrammen. Dann haben wir vielleicht etwas mit einem professionellen Coach, der schaut.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Ich möchte gerne Bezug nehmen auf die Sachen, die Josua M. Studer vorhin gesagt hat betreffend denen, die im Sozialbereich arbeiten, das linke Lager. Jedenfalls bin ich einer, der seit fast 10 Jahren im Sozialbereich arbeitet mit Menschen, die psychisch krank sind. Inzwischen ist der Staat auf die Idee gekommen, dass er uns extern gecoachte Arbeitsplätze, Langzeitarbeitslose, Sozialhilfebezüger geben möchte, weil er einfach jemanden braucht, der das macht. Das können wir und wir haben die Ausbildung dazu. Der Rest ist Erfahrung, da kommt man nämlich auf die Welt. Es braucht enorm viel Input, bis endlich ein Output kommt. Und wenn er kommt, dann ist er vielleicht 10% von dem, was du und ich leisten würden, das ist effektiv so. Die Leute sind in einem Raster, sie erhalten ihre Zahlung von der IV oder von der Sozialhilfe. Wenn sie dazu verdienen würden, müssen sie einen hohen Prozentsatz wieder abgeben. Wenn man verdient, lohnt es sich nicht wirklich. Das Argument von Josua, dass die vom Staat den Unterhalt kriegen und dann etwas dafür tun sollen, ist nicht grundfalsch. Das kann ich voll nachvollziehen. Das habe ich gewissen Leuten auch schon gesagt, die finden, es sei nur ein Sackgeld und das sei nicht ernst zu nehmen. Da frage ich: Was kommt bei dir im Monat rein? Rund CHF 1'500 ist die IV; die musst du in den Lohn einrechnen und dann auf eine Stunde ausrechnen, und dann schaust du, ob das wenig ist. Das sind die Aufmüpfigen. Und dann gibt es die anderen, die arbeiten möchten und jeden Tag um ihre Arbeitsfähigkeit kämpfen. Die arbeiten, so wie sie können, und geben ihren Teil. Das sind keine faulen Nüsse. Es gibt andere, die rutschen ein bisschen schnell wieder heraus. Schlechte Laune, psychische Krise oder Bauchweh und sie kommen nicht. Man findet kaum eine Institution, die mit den Leuten arbeitet, eine Person, die sich bei uns meldet und das will, und einen Arbeitgeber. Ihr könnt den Sigrist der Thomaskirche frage, wie viel Geduld es braucht, wenn schon wieder einer nicht konstant kommt. Er wollte etwas mit dem machen, aber dann geht es nicht, wegen was auch immer. Diese Ausfälle sind Teil des Spiels. Für Einen, der gerne arbeitet, furchtbar. Josua hat noch nie eine Woche mit diesen Leuten gearbeitet. Da kommt man auf die Welt und es bringt einen an Grenzen. Diejenigen, die nicht arbeiten, bringen einem an den Rand. Ich finde es super, die Stossrichtung ist super, es ist gut, dass etwas läuft. Aber, ich sage euch, dass es nicht einfach ist, auch wenn es zu begrüßen wäre und prinzipiell richtig ist.

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Wir haben ein schwarz/weiss-Denken. Ihr seht den Josua M. Studer, der ist ein böser, der mag niemandem etwas gönnen und der findet alle Schmarotzer. Ich habe mit keiner Silbe gesagt, dass man jemanden dazu verknurren soll, dass er abverdienen muss. Ich habe nur gesagt, Sozialbezug sei auch ein Einkommen. Ich habe nicht gesagt, weil er das erhält, muss er eine Gegenleistung machen. Ich wollte niemanden dazu verpflichten. Jemandem ein Kübeli und eine Zange in die Finger geben, muss man nicht gross kontrollieren. Man muss ihn belohnen, ja, das kostet Geld. Aber eine Fachstelle kreieren, kostet viel mehr. Da müssen Spezialisten sein. Eine gewisse Zeit hätte man als Grosspapi und Grossmami Ausbildungen machen müssen und studiert sein, damit man die Enkelkinder hüten darf. Wir treiben das auf die Spitze, weil wir den Leuten nichts mehr zutrauen. Derjenige, der keinen Job findet, ist froh, wenn er eine Beschäftigung hat. Gebt ihm doch ein Kübeli und dann macht er etwas, oder fragt ihn, was er gerne arbeiten möchte. Man muss denen, die wollen, eine Beschäftigung geben. Wenn sie sich immer bewerben und nirgends einen Job finden, weil in den Firmen Putzfirmen sind, die solche Jobs machen, dann kann man ihnen so eine Tätigkeit bieten. Für das braucht es kein Betreuungsteam und eine grosse Planung.

Jérôme Mollat, FDP/GLP-Fraktion: Wir haben schon oft gehört, es gehe nicht, sei nicht umsetzbar und kostet viel, und es gäbe viele negative Beispiele. In diesem Zusammenhang möchte ich ein Beispiel nennen, wo es in der Schweiz funktioniert hat. In der Stadt Winterthur hat man das System Passage eingeführt. Da geht es darum, dass Neuanmeldungen bei der Sozialhilfe einen Monat befristet Arbeitsdienst leisten müssen und erst nachher das Geld weiterhin erhalten. Da hat man das Ganze vor fünf Jahren intensiv ausgewertet und hat erstaunliches festgestellt. Und zwar dass über 80% der Teilnehmenden dies positiv gewertet haben, dass man ihnen eine Tagesstruktur gibt. Es hat sich auch finanziell positiv ausgewirkt, indem es in der Stadt weniger Bezüger gab, teilweise wahrscheinlich auch darum, dass gewisse Bezüger, die nebenbei noch schwarz gearbeitet haben, sich nicht anmelden konnten. Ob das System auf Allschwil übertragbar ist, wissen wir nicht. Es darf auch nicht dazu führen, dass man Sozialhilfebezüger blossstellt in der Öffentlichkeit. Wir würden es allerdings begrüßen, wenn der Gemeinderat von sich aus prüft, inwiefern das Winterthurer-Modell auf Allschwil übertragbar wäre.

Matthias Lochmann, FDP/GLP-Fraktion: Wir hören von allen Seiten her positiven Zuspruch. Man muss das anschauen, wie wir die Sozialhilfebezüger einbeziehen können. Ich selber war auch acht Monate arbeitslos. Das ist eine üble Zeit, es fällt einem die Decke auf den Kopf. Man muss dann wirklich schauen, dass man etwas prüft. Ich weiss nicht, ob es möglich ist, dass man die Motion abändert, sodass der Gemeinderat dies prüft, was man machen könnte. Ich kenne mich da zu wenig aus, aber vielleicht kann man dies in ein Postulat ändern.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Einmal mehr habe ich einen anderen Hut an. Ich bin Leiter des Arbeitsintegrationszentrums Basel-Stadt. Für alle, die das noch nicht wissen, Passage läuft in der Stadt Basel seit August als Pilot. Ich möchte etwas anderes dazu sagen. Ich wollte es eigentlich nicht sagen, aber es reicht mir jetzt langsam. Haben wir das Recht über die Menschen zu urteilen und sie so darzustellen, was sie machen müssen, was sie machen können und ob wir sie ausstellen dürfen oder nicht? Und das nur, weil sie nach gesetzlicher Grundlage weniger verdienen, als sie zum Leben brauchen? Wir reden auch nicht über Leute, die zu viel verdienen und zu wenig Steuern bezahlen, weil wir es nicht wissen. Bei diesen Leuten wissen wir, dass sie zu wenig Geld haben und sich bei der Sozialhilfe angemeldet haben. Wir haben Leute, die sich um diese Menschen kümmern. Wir haben verschiedene Systeme, die sind aufeinander abgestimmt, die sind noch nicht gut. Wir haben die Arbeitslosenkasse, die Sozialhilfe und die IV. Wir wissen, dass die Schweiz für das kämpft. Ich möchte das nicht hier drin stundenlang diskutieren. Ich beantrage Abbruch der Diskussion, um die Menschenwürde zu halten und nicht um das Sachgeschäft zu beurteilen. Dahinter stehen Menschen und das sollen die Leute machen, die Verantwortung dafür tragen. Dafür gibt es einen Sozialdienst und die Sozialhilfebehörde. Es gehört nicht in den Einwohnerrat.

Cedric Roos, Präsident: Wir stimmen über den Antrag auf Abbruch der Diskussion ab.

://

Dem Abbruch der Diskussion wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Cedric Roos, Präsident: Wir führen die Rednerliste noch zu Ende.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Ich möchte eine kleine Antwort geben zu dem Spiel links/rechts. Die bösen Linken seien sozial, so hat es vorhin getönt. Bei uns gibt es sicher viele Personen, die vom Engagement her nicht das Portemonnaie zuvorderst haben, sondern das Herz. Das mag eine Einstellung sein im Leben oder für die Berufswahl, oder für eine Aufgabe in einer Behörde, in der er mitarbeitet. Mir macht das ein bisschen weh und es macht mich auch verrückt. Das Klischee-Denken: Die Sozialpädagogen und hilflosen Menschen. Hilflos sind die Menschen, die durch ein Netz gefallen sind, persönlich, sozial oder wirtschaftlich. Die Gründe dafür sind unergründlich. Hier drin sitzt nicht nur jemand, der arbeitslos war. Ich sehe noch andere, von denen ich weiss, dass sie arbeitslos waren und schwere Zeiten durchgegangen sind. Es kann jeden treffen. Ein Familienschicksal kann jeden von uns treffen. Zum Glück gibt es Leute, die ein anderes Herz haben und ein Netz aufmachen. Wir haben in der Gemeinde bald eine Veranstaltung für Freiwilligenarbeit, das ist ein Teil davon. Andere machen das professionell, weil diese Leute professionell geführt werden müssen. Die Gemeinschaft würde zusammenbrechen ohne das. Ich staune auf dieser Seite, der ich jetzt ins Gesicht schaue, denn da hat es Leute, die machen Jugendarbeit, arbeiten kirchlich/sozial und wissen von versteckter Armut. Wenn so Sachen kommen wie „die Linken, die nur Sozial-Weicheier pflegen“ – das sage ich jetzt, das wurde nicht gesagt, aber so hat es getönt – dann frage ich mich, warum sie nicht die Courage haben und sagen: „Hey, wir kennen solche Fälle und es ist wirklich so, dass...“. Das erstaunt mich immer wieder. Man kann sich dann ganz gern hinter dem Mikrophon verstecken, das nicht funktioniert oder hinter den breiten Schultern von einem anderen. Ich erwarte ein bisschen mehr Courage bei solchen Themen, auch von den Leuten, die jetzt mir ins Gesicht schauen. Die Landeskirche haben eine sehr grosse Aufgabe, die machen sehr viel, die Jugendarbeit. Gott sei Dank haben wir die. Ich bin sehr froh, dass viele Leute, von denen ich jetzt nur den Rücken sehe oder die Schultern oder auch das Gesicht an sozialen Netzen arbeiten. Gott sei Dank gibt es uns hier drin, die dabei helfen. Aber bitte nicht diese Klischees links/rechts, denn das bringt uns einen Dreck weiter. Die Leute haben es nötig, dass wir hier sind.

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Ich sage es nochmals sehr deutlich. Wenn ihr es wünscht, dann schreibe ich es hier vorne an die Leinwand. Ich weise nochmals auf meinen Antrag hin. Mein Antrag ist: Die Gemeinde Allschwil soll den eigenen Sozialbezüger eine Betätigungsmöglichkeit ermöglichen. Mit

keiner Silbe habe ich gefordert, dass man jemanden zwingt, mit keiner Silbe habe ich zu jemandem gesagt, er habe keine Berechtigung für einen Sozialbezug und darum sei er schlecht, mit keiner Silbe. Mich hat jetzt das Votum mit dem Antrag auf Diskussionsabbruch stinkig gemacht, es gehöre nicht hierhin. Gehört es nicht hierhin, dass man Leuten die Möglichkeit gibt, dass sie eine Beschäftigung haben? Gehört das nicht hierhin? Ich habe keine Diskriminierung gemacht, ich habe nicht gesagt, dass dies einer machen muss. Ich habe gesagt, wir müssen denen eine Möglichkeit geben, und das ist, wenn ihr schon so viel Herz habt, euer Grundgedankengut. Aber das Herz ist vielleicht so gross mit den Flügeln, dass es eure Ohren zumacht, und ihr hört es nicht mehr. Es ist leider Gottes so, dass das links/rechts-Denken tatsächlich besteht, weil ihr euch in erster Linie in dieser Klientel bewegt, weil ihr euch dort einbringen könnt, und damit ein tolles Netzwerk aufgebaut habt, das uns gar nicht die Möglichkeit gibt, dort mitzuarbeiten, weil wir es unter Umständen gar nicht aushalten würden, mit euch zusammen zu arbeiten. Darum sind auf dieser Seite einige in der Freiwilligenarbeit und bringen sich dort ein. Die Diskussion ist beendet und ich wechsele aufs Postulat.

Arnold Julier, Gemeindepräsident: Ich wäre froh, wenn wir das auch als Postulat nicht überweisen. Die Sozialarbeiter schauen immer, dass die Leute irgendwo unterkommen. Es ist nicht immer möglich, wir wollten schon einige Programme aufgleisen. Beim Littering sind wir jetzt auch dran, dass punktuell Asylsuchende Unterstützung im Werkhof bringen könnten, zum Beispiel, dass sie am Samstag und am Sonntagmorgen an den Stellen, wo am meisten Littering ist, aufräumen. Ich bitte Sie, dies als Postulat nicht zu überweisen.

Cedric Roos, Präsident: Damit wurde die Motion in ein Postulat umgewandelt. Wir stimmen über die Überweisung dieses Postulats ab.

://:

Das Postulat wird mit 25 zu 6 Stimmen und 1 Enthaltung nicht überwiesen.

ENDE